Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 275 — Bromberg, Freitag, den 29. November 1935. — 59. Jahrg.

Sowjet-Offensive in Brasilien.

Will Moskau in Südamerika das USA-Kapital treffen?

Die Revolutionsgeschichte Südamerikas ist um eine neue Variante bereichert worden. Der Normalfall war bisher im allgemeinen der, daß irgend ein ehrgeiziger Parteiführer oder auch nur ein auf die Macht ihm ergebener Banden gestützter Condottieri zu der Ansicht kam, der bisherige Inhaber der Staatsgewalt sei lange genug im Amte und nun sei es an der Zeit, daß er einmal „drankomme". Persönliche Machtkämpfe — auf diese Formel lassen sich viele der Revolutionen bringen, an denen die südamerikanischen Staaten mehr als genug über sich ergehen lassen mußten.

In den letzten Jahren sind dann gelegentlich Aufstände, hinzugekommen, die sich aus der besonderen wirtschaftlichen Notlage einiger dieser von der Weltkrisis besonders hart betroffenen Länder entwickelten. Das gilt z. B. für das jetzt wieder von einer Revolte heimgesuchte Brasilien. Brasiliens Wirtschaft steht und fällt mit dem Kaffeegeschäft und das war jahrelang schlecht. Die Preise sanken unter die Herstellungskosten, die Ernten aber schwollen zu Massen an, die auf den Weltmärkten einfach nicht unterzubringen waren. Riesenmengen von Kaffee sind verbrannt und ins Meer geschüttet worden, nur um den von dem Überangebot ausgehenden Preisdruck zu beseitigen. Aber wie das so ist, der einzelne Farmer, dessen Blickfeld durch Lage und Interessen seiner Plantage eingeengt ist, war vielfach durchaus nicht mit dem einverstanden, was die Zentralregierung in Rio de Janeiro verfügte. Und so hat es mehrere, in Europa wenig beachtete Revolten der kaffeebauenden Staaten gegen Rio gegeben.

Es haben sich allerdings auch Revolutionen in Brasilien zugetragen, die eine grundsätzliche Zuspitzung auf die Verfassungsfrage zeigten. Die Vereinigten Staaten von Brasilien sind, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika (U.S.A.), ein Bundesstaat. Da kommt es leicht vor, daß die Zentralregierung über die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegenüber der Zuständigkeit der Einzelstaaten mit diesen nicht immer einer Meinung sein kann. Daß die Zentralregierung eine Stärkung der Zentralgewalt anstrebte, ist verständlich. Daß die Einzelstaaten dem zum Teil widersprachen, war vielleicht politisch nicht klug, aber bei den, an Europa gemessen, erheblich lockeren politischen Verhältnissen immerhin auch begreiflich. Aus diesem Gegensatz hat sich zeitweilig jedenfalls ein offener Bürgerkrieg entwickelt.

Brasilien hat 1930 und in den folgenden Jahren außerdem noch revolutionäre Bewegungen erlebt, die aus dem Aufkommen einer faszistischen Strömung hervorgingen. Sie haben 1933 immerhin dazu geführt, daß sich die Stellung des Heeres wesentlich verstärkte.

Und nun ist gerade aus diesem Heer heraus eine kommunistische Revolte ausgebrochen, die, auch wenn die Regierung offenbar die Oberhand gewonnen hat, doch recht ernsten Charakters ist. Der Anführer dieses Kommunistenputsches, Louis Carlos Prestes, vertrat im Sommer d. J. auf dem Komintern-Kongreß in Moskau den südamerikanischen Kommunismus, und er gilt nicht nur als Organisator der bolschewistischen Bewegung in Brasilien, sondern ebenso in Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay. Die in Moskau aufgenommenen Lehren, daß die den Staat stützenden Organisationen, nicht zuletzt das Heer, von innen heraus zersetzt werden müßten, damit dieser Staat dann im Augenblick des Losschlagens der Revolution rasch zusammenbricht, hat er als gelehriger Schüler in sich aufgenommen und jetzt in Brasilien in die Tat umgesetzt. Das Signal für die Aufstände in Pernambuco und Natal war die Meuterei eines Bataillons in Olinda, in dem Prestes seine kommunistischen Lehren abgelagert hatte. Wie die Nachrichten aus Rio de Janeiro erkennen lassen, hat die Regierung, die rasch durchgriff, Dokumente beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß gleichzeitig in einer Reihe anderer südamerikanischer Staaten ähnliche Revolten ausbrechen sollen. Man wird also möglicherweise auch an anderen Stellen ein Aufflackern des weltrevolutionären Feuers beobachten können.

Es ist durchaus denkbar, daß diese von Prestes entfachte bolschewistische Aktion in Südamerika auf eine unmittelbare Weisung von Moskau zurückgeht. Darauf würde schon der umfassende, den ganzen amerikanischen Südkontinent treffende Umfang der Bewegung schließen lassen. Wirtschaftlich ist ganz Südamerika das Herrschaftsgebiet des nordamerikanischen Kapitalismus. Veikal Pam hat die Hand auf fast alle Ertragsquellen Südamerikas gelegt, und es hat gerade in den Zeiten der Weltwirtschaftkrisis nicht an Ausbrüchen des Unmuts über die Hörigkeit gefehlt, in die der Südkontinent von den Kapitalgewaltigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika gekommen ist. Es wäre denbar, daß Moskau jetzt daran gehen will, sich diese gegen USA gerichtete Stimmung zunutze zu machen; denn man weiß, daß die Herren des Kreml mit den Vereinigten Staaten noch eine Rechnung zu begleichen haben. Herr Roosevelt ist vor einiger Zeit hörbar von der Seite Litwinows, mit dem er in Washington eine Art Freundschaftsabkommen unterzeichnete, abgerückt, weil die Sowjetbolschewisten sich an die getroffenen Abmachungen nicht hielten und in den Vereinigten Staaten kommunistische Propaganda betrieben. Auf die sehr deutlichen Anschuldigungen Roosevelts haben sie mit einer lahmen Gegenbeschuldigung geantwortet, damit aber nicht verhindern können, daß sie ihre Hoffnungen auf eine amerikanische Anleihe endgültig in den Rauchfang schreiben mußten.

Solche Enttäuschung macht in Moskau rachesüchtig. Die USA sind immerhin ein so stark in sich gefestigter Staat, daß die Sowjetsendlinge dort nicht so leicht etwas ausrichten können. Sollten sie da auf den Gedanken gekommen sein, die Nordamerikaner und ihr Kapital an einer sehr empfindlichen Stelle der Außenstellungen zu treffen? Südamerika wäre dann in der Tat das gegebene Objekt, denn was hier vernichtet wird, muß man zum großen Teil in Newyork als Verlust buchen.

Immerhin, auch wir in Europa sollten diese Dinge nicht mit der Bärenruhe des Bürgers betrachten, der sich wohlfühlt bei dem Gedanken, daß „weit hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen". Moskau bläst in Genf die Friedensschalmei und hört dabei nicht auf, die Weltrevolution zu organisieren. Heute in Südamerika und Ostasien, morgen in Indien und Afrika. Übermorgen? Wo?

Wir wohnen im Grenzraum zwischen Moskau und dem Abendland! (Oder ist vielleicht schon der Kommunismus — ohne daß seine Werkzeuge es ahnen — mit seinem Terror und Klassenkampf, mit seiner Verleumdungssucht und seinem zersetzenden Bemühen nicht schon mitten unter uns geraten?)

Erschwerung der Auslandsreisen.

Auslandspässe nur in besonderen Ausnahmefällen

Der Minister des Innern Raczkiewicz hat an die Wojewoden, den Regierungskommissar der Stadt Warschau und die Starosten ein Rundschreiben zur Paßpolitik gerichtet.

In diesem Rundschreiben, das eine Reihe früher in dieser Frage erlassener Verfügungen aufhebt, wird bestimmt, daß die Verwaltungsbehörden die Erteilung von kostenlosen Auslandspässen grundsätzlich verweigern werden. Ausgenommen sind Fälle, zu denen der Minister des Innern eine besondere Verfügung erlassen wird.

Die Erteilung von ermäßigten Auslandspässen wird von der Vorweisung von Dokumenten abhängig gemacht, durch die die tatsächlich vorhandene Notwendigkeit der Ausreise nachgewiesen werden kann; sie wird ferner abhängen von der Erfüllung sämtlicher Voraussetzungen, die in der Verordnung vom 7. Mai 1932 vorgesehen sind.

Normalpässe auf ein Minimum herabgedrückt.

Darüber hinaus wird die Zahl der gegen Normalgebühr erteilten Auslandspässe auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Normalpässe werden nur bei Nachweisung der unbedingten Ausreisenotwendigkeit ausgegeben.

Als Kriterium für die Beurteilung der Ausreisenotwendigkeit mit einem Normalpaß kann den Behörden dienen:

Das Attest eines amtlichen Arztes, in dem die Notwendigkeit eines Kuraufenthaltes im Auslande nachgewiesen wird, eine Konsulatsbescheinigung über die Notwendigkeit einer kurzfristigen Reise zu Familienangehörigen, die ständig im Auslande leben, eine Bescheinigung darüber, daß eine Auslandsreise in Vermögens- oder Erbschaftsangelegenheit oder in wichtigen Familienangelegenheiten erforderlich ist usw.

Der Wunsch, einen Familienangehörigen, der in Dienst- oder Berufsfragen nach dem Auslande reist, zu begleiten, der Wunsch, eine internationale Ausstellung zu besuchen, an einem internationalen Kongreß oder einer Tagung teilzunehmen — das alles sind keine ausreichenden Begründungen zur Erlangung der Ausreisegenehmigung.

Zur Frage der Auslandsreisen der Schriftsteller und Journalisten wird in dem Rundschreiben erklärt, daß sämtliche bisherigen Verfügungen aufgehoben sind. Nunmehr gelten nur die allgemeinen Bestimmungen. In Fällen, in denen die Ausreise dieser Personen aus allgemeinpolitischen oder gesellschaftlichen Gründen als wünschenswert erscheinen sollte, werden die Schriftsteller und Zeitungsleute ermäßigte Pässe erhalten.

Die Ehrenkonsuln fremder Staaten, die polnische Staatsbürger sind, erhalten kostenlose Pässe.

Studienreisen von Aerzten erschwert.

Ärzten, die zu einem Konsilium oder zu chirurgischen Eingriffen vom Auslande her angefordert werden, werden ermäßigte Pässe mit kurzfristiger Dauer erteilt. Hingegen wird die Erteilung von ermäßigten Pässen an Ärzte, die als Reisegrund Studienzwecke angeben, vom Gutachten der Gesundheitsabteilung des betreffenden Wojewodschaftsamtes abhängig gemacht.

Die Frage der Ausreise von Personen jüdischer Nationalität nach Palästina wird eine Sonderregelung finden.

Wer kann einen ermäßigten Paß erhalten.

Mit Rücksicht auf die geringer gewordenen Einkommen wurden zugleich auch neue Einkommensnormen festgesetzt, die in Fällen des Nachweises der Ausreisenotwendigkeit eine Ermäßigung der Paßgebühr begründen können:

Für Alleinstehende 4800 Zloty Jahreseinkommen, für Familienunterhalter 7200 Zloty Jahreseinkommen bezw. ein Vermögen von 20 000 Zloty. Das Einkommen ist netto zu verstehen, nach Abzug der Steuern und öffentlichen Abgaben.

Amnestie in Danzig beschlossen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 28. November.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat in den letzten Tagen dem Danziger Parlament eine Vorlage zugestellt, die im Interesse der Bereinigung der innenpolitischen Spannungen eine große, in solchem Maße bisher in Danzig noch nie gesehene Amnestie vorsieht. Nach dem Gesetzentwurf sollen, wie schon berichtet, Vergehen politischer Art bis zur Höhe von 600 Gulden Geldstrafe und vier Monaten Freiheitsstrafe, soweit seit 1930 Vorstrafen nicht vorliegen, amnestiert werden. Ebenso sollen auch die noch nicht vollstreckten Strafen, die vor Inkraftsetzung dieses Gesetzes ergangen sind, erlassen werden. Entsprechende Vorschriften sind in dem Gesetz auch für laufende Disziplinarverfahren politischen Charakters vorgesehen. Der Gesetzentwurf des Senats hat der gestrigen Volkstagssitzung vorgelegen und wurde mit den Stimmen der Nationalsozialistischen Partei, der Kommunisten und der Polen angenommen.

Die Volkstagssitzung erhielt ihre besondere Bedeutung durch die Erklärung des Finanzsenators Hoppenrath über die

Finanzlage und Haushaltsgebarung des Freistaates.

Der Senator begründete die verspätete Vorlage der Haushaltspläne mit der aus der Devalvation des Danziger Gulden bedingten Neuordnung der bereits festgestellten Haushaltspläne. Die notwendigen Vorarbeiten bei Aufstellung des Haushaltsplanes haben einwandfrei ergeben,

daß die Finanzlage der Freien Stadt gesund und in Ordnung sei.

Durch großzügige Sparmaßnahmen sei es gelungen, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. In den sächlichen Ausgaben in Stadt und Staat sind dem Vorjahr gegenüber rund 9 200 000 Gulden eingespart worden, in personeller Hinsicht belaufen sich die Einsparungen auf 4 600 000 Gulden. Es wäre hierbei eine noch größere Ersparnis möglich gewesen, wenn nicht rechtliche Bindungen im Wege gestanden hätten.

Die Rede des Finanzsenators wurde mit sehr großem Beifall aufgenommen, im Anschluß daran ergriff der Präsident des Senats Arthur Greiser das Wort zu einer

Regierungserklärung,

in der er über die augenblickliche innen- und außenpolitische Situation sprach, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse, die sich aus der Einstellung der Oppositionsparteien in bezug auf die Verfassungsrichtlinien entwickelt haben.

Der Präsident wies dabei auf die von ihm wiederholt betonte Bereitwilligkeit hin, gemeinsam mit der Opposition an dem Aufbau des Staates zu arbeiten. Als ein sichtbarer Beweis für die Ehrlichkeit dieses Willens, die innenpolitischen Spannungen zu überbrücken, sei die von der Regierung eingebrachte Amnestie-Vorlage, die noch einmal die Möglichkeit einer Einigung geben solle. Der Präsident betonte jedoch hierbei mit Nachdruck, daß, falls dieser letzte Versuch mißlingen sollte, der Senat den Bruch voll und in jeder Konsequenz rücksichtslos durchführen werde. Er warnte dabei vor der Auffassung, die Amnestie als ein Zeichen der Schwäche der Regierung auszulegen, sie sei ein sichtbares Zeichen der Stärke des nationalsozialistischen Regimes in Danzig.

Auf die

Währungs- und Finanzpolitik

eingehend, betonte der Präsident, daß die Regierung in dieser Hinsicht unbeirrt alle bisher eingeschlagenen Wege weiter verfolgen werde. Auf binnenwirtschaftlichem Gebiet seien verschiedene Klagen darüber laut geworden, daß durch den Fortzug der Beamten und Pensionäre Schwierigkeiten sich ergeben hätten. Der Senat werde in diesem Umschmelzungsprozeß zur gegebenen Zeit regelnd eingreifen. Von 5800 Pensionären, die die Aufforderung zur Umsiedlung erhalten haben, sind bisher 1800 nach Deutschland verzogen, für die restlichen 4000 beständen keine Aussichten, hier zu bleiben. Sie würden eine erneute Aufforderung zur Umsiedlung erhalten aber zu nun wesentlich weniger günstigen Bedingungen.

Der Präsident ging dann auf die

neu entstandene Lage

im Hinblick auf die Genfer Instanzen ein. Die Parteien, die sich ursprünglich gegen die Auflösung des Volkstages gestellt hätten, wollten nach der Guldenabwertung die dadurch entstandenen materiellen Schwierigkeiten für ihre Zwecke mit der Forderung von Neuwahlen ausnützen. Es

sollte dabei das Obergericht, bei dem Einspruch gegen die Wahlen erhoben worden war, Vorspanndienste leisten. Als dieser Anspruch durch das Urteil des Höchsten Danziger Gerichts abgewiesen worden sei, versuchten jene Parteien aus dieser Urteilsfällung Vorteile für sich zu erhalten. Ja man findet es unerhört und verfassungswidrig, daß an öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne zu sehen sei.

Der Präsident sagt dann wörtlich:

„... unsere sogenannte Parteifahne ist heute die Fahne Deutschlands, das Zeichen unserer nationalsozialistischen Weltanschauung ist heute die Flagge der deutschen Wehrmacht, unser Führer ist heute der Führer des deutschen Volkes, und niemals wird eine Nationalsozialistische Regierung etwas dagegen haben, wenn bei besonders feierlichen Gelegenheiten, bei denen das Deutschtum betont werden soll, auch die Zeichen des neuen Deutschland äußerlich sichtbar in Erscheinung treten — — —“ (Lang anhaltender Beifall!)

Der Präsident fuhr dann fort, daß durch das Verhalten der Oppositionsparteien auch das Verhältnis zum Völkerbund in der letzten Zeit nicht im klaren gewesen sei. Er wies auf die Kosten hin, die Danzig durch den Völkerbund entstanden seien, nämlich bis zum Rechnungsjahr 1934 rund 19 900 000 DG. Wenn man bedenke, wie viel Goldwert an Devisen in dieser Summe stecke, könnte man versucht sein, mit dem Gedanken zu spielen, daß ohne die Verurteilung zu diesen Lasten der Unterhaltung des Vertreters des Völkerbundes in Danzig, der Kommissionen usw., Danzig die Guldenabwertung nicht nötig gehabt hätte. Der Präsident ging dann auf die Genfer Beschlüsse gegenüber den

Beschwerden der Danziger Opposition

ein. Er wies mit Nachdruck darauf hin, daß in Genf keine Entscheidungen gefällt, sondern nur Empfehlungen an die Danziger Regierung gerichtet worden seien. Aber im Interesse einer guten Zusammenarbeit sei der Senat gewillt, einigen von diesen Empfehlungen entgegenzukommen. Ablehnen müsse er jedoch eine Änderung in den Fällen, in denen das Gericht die Verfassungsmäßigkeit festgestellt habe. Das sei im Interesse des Prestige des Obergerichts erforderlich.

Der Senat werde die Rechtsverordnung über das Tragen von Sonderkleidung, Uniformen usw. dahin ändern, daß eine Genehmigung nur versagt werden dürfe, wenn eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung damit verbunden wäre.

Auch die Verordnung, die die Teilnahme an nicht als von der Regierung anerkannten politischen Schutzverbänden unter Strafe stellt, wird der Senat zurückziehen, obwohl er in dieser Verordnung keinesfalls die Auffassung des Rates des Völkerbundes teile.

Unmöglich wäre es jedoch der Regierung, die Verordnung über den Schutz der nationalen Verbände zurückzunehmen, da diese Verordnung durch das Höchste Gericht der Freien Stadt Danzig für verfassungsmäßig anerkannt worden sei. Der Senat sehe sich außerstande, das Urteil des Höchsten Danziger Gerichts zu desavouieren.

Der Präsident schloß seine Ausführungen mit einem Rückblick und Ausblick auf die

Gestaltung der Danzig-polnischen Beziehungen.

„In der nüchternen Erkenntnis der Realität des politischen Kräftespiels in Europa wird die Freie Stadt Danzig wie bisher den Weg der direkten Aussprache und Verständigung mit Polen gehen. Das einmal für kurze Zeit im Sommer d. J. getrübte freundschaftliche Verhältnis beider Staaten ist zur Befriedigung des Senats wieder hergestellt. Die Beziehungen sind gute und freundschaftliche und lassen die Aussicht auf eine günstige Entwicklung in dieser Linie zu.“

Es sei mit besonderer Freude festzustellen, daß das Mutterland Deutschland zu dem Nachbarlande Polen seine Beziehungen auf der gleichen freundschaftlichen Basis unterhalte.

Der Präsident schloß mit dem Hinweis darauf, daß die durch die Opposition verbreiteten Gerüchte, einige Mitglieder der Regierung würden ihre Ämter zur Verfügung stellen, nicht der Wahrheit entsprächen.

„Ein Nationalsozialist wird abberufen oder er fällt. Oppositionsbeschlüsse haben für uns keine Geltung. Maßgebend ist allein der Befehl unserer Führung. Diese Führung wird es niemals zulassen, daß die Kräfte des Zwiespaltes und der Zersetzung wieder hochkommen. So stehen wir hier als die Männer der neuen deutschen Geschichte, hart in unseren Maßnahmen, freudig die schwere Verantwortung zu tragen in dem Bewußtsein der alten Danziger Tradition gemäß, unsere Heimat dem Deutschtum zu erhalten.“

Unterredung mit dem Führer:

Deutschlands Kampf gegen den Bolschewismus.

Der Führer und Reichskanzler empfing vor einigen Tagen den bekannten amerikanischen Journalisten Mr. Baillie, den Präsidenten der „United Preß“, und gewährte ihm eine Unterredung, zu deren Beginn der Führer erklärte:

„Deutschland ist das Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus und wird bei dessen Abwehr Propaganda mit Propaganda, Terror mit Terror und Gewalt mit Gewalt bekämpfen.“

Auf die Frage nach den Gründen der Judengesetzgebung von Nürnberg erwiderte der Führer und Reichskanzler: „Die Notwendigkeit der Bekämpfung des Bolschewismus ist einer der Hauptgründe für die Judengesetzgebung in Deutschland. Diese Gesetzgebung ist nicht antijüdisch, sondern prodeutsch. Die Rechte der Deutschen sollen gegen destruktive jüdische Einflüsse geschützt werden.“

Fast alle bolschewistischen Agitatoren sind Juden.

Der Führer und Reichskanzler wies dann darauf hin, daß fast alle bolschewistischen Agitatoren in Deutschland Juden gewesen seien, sowie darauf, daß Deutschland nur durch wenige Meilen von Sowjetrußland getrennt sei, so daß es ständiger wirksamer Abwehrmaßnahmen bedürfe, um Deutschland gegen die Umtriebe der meist jüdischen Agenten des Bolschewismus zu schützen.

Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte der Führer, daß aus den Zehntausenden von Offizieren, die nach dem Kriege entlassen wurden, eine Art intellektuelles Proletariat entstanden sei, und daß viele von diesen, obwohl akademisch gebildet, als Straßenkehrer, Autofahrer und in ähnlichen Berufen Arbeit annehmen mußten, um ihr Leben zu fristen. Auf der anderen Seite hätten die Juden, die weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachten, versucht, die kulturelle Führung an sich zu reißen, und die intellektuellen Berufe, wie zum Beispiel die Jurisprudenz, Medizin usw., überschwemmt. Der Einfluß dieses intellektuellen Judentums in Deutschland habe sich überall zersetzend bemerkbar gemacht.

„Aus diesem Grunde war es nötig“, sagte der Führer, „Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Zersetzung einen Riegel vorzuschieben und eine klare und reinliche Scheidung zwischen den beiden Rassen herbeizuführen.“

Das Grundprinzip, nach dem diese Frage in Deutschland behandelt werde, sei, daß dem Deutschen gegeben werden solle, was dem Deutschen zustehe, und dem Juden, was diesem zustehe. Er betonte, daß dies auch dem Schutze der Juden diene, und ein Beweis hierfür sei, daß seit den einschränkenden Maßnahmen die antijüdische Stimmung im Lande sich gemildert habe.

Auf die Frage Mr. Baillies, ob weitere gesetzgeberische Maßnahmen in dieser Frage zu erwarten seien, antwortete der Führer, daß die Reichsregierung von dem Bestreben geleitet sei, der Selbsthilfe des Volkes, die sich unter Umständen in gefährlichen Explosionen entladen könnte, durch gesetzgeberische Maßnahmen vorzubeugen, um auf diese Weise, wie bisher, Ruhe und Frieden in Deutschland zu wahren. **Auf dem Kurfürstendamm in Berlin seien ebenso viele jüdische Geschäfte wie in Newyork und anderen Hauptstädten, und der Augenschein lehre, daß der Betrieb dieser Geschäfte absolut ungestört vor sich gehe. Er glaube, daß durch die Nürnberger Gesetze neue Spannungen vielleicht verhindert würden. Sollten diese allerdings kommen, so würden unter Umständen weitere gesetzliche Maßnahmen notwendig werden.**

Deutschland — Schutzwall gegen den Bolschewismus.

Zur Frage des Bolschewismus erklärte der Führer und Reichskanzler, daß Deutschland das Bollwerk sei, das den Westen vor der Ausbreitung des Bolschewismus von Sowjetrußland aus schütze. „In den Vereinigten Staaten, die geographisch weit entfernt von Sowjetrußland liegen, dürfte“, so bemerkte der Führer weiter, „das Verständnis hierfür nicht überall vorhanden sein“. Dagegen sei dieser Zusammenhang jedem ohne weiteres verständlich, der die Lage von Deutschland aus betrachte.

Nach dem Aufbau der deutschen Armee befragt, äußerte der Führer: „Der Zweck der Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht ist, Deutschland gegen Angriffe fremder Mächte zu schützen. Deutschland ist eine Großmacht erster Ordnung und hat ein Recht darauf, eine erstklassige Armee zu besitzen.“

Auf die Frage nach dem Verhältnis der heutigen deutschen Wehrmacht zu der Stärke des Heeres von 1914 meinte der Führer, eine Millionenarmee, wie sie Deutschland 1914 aufgestellt hätte, könnte nur unter dem Druck der Erfordernisse eines neuen Krieges entstehen — eines neuen Krieges, vor dem Gott, wie er zuversichtlich hoffe, Deutschland und die kommenden Generationen bewahren werde.

Der Führer wies im übrigen auf seine früheren Vorschläge nach Stabilisierung der europäischen Heeresstärken auf 200 000 bis 300 000 Mann hin. Diese Vorschläge seien seinerzeit sämtlich abgelehnt worden.

Bei der Betrachtung der deutschen Heeresstärke müsse man im übrigen die geographische Lage Deutschlands berücksichtigen. Wenn in Amerika ein Landstreifen von 100 Kilometern Tiefe von einem Feind besetzt würde, so sei dies kaum mehr als eine kleine Schramme, die Amerika leicht ertragen könne. Deutschland dagegen würde bei Invasionen von solchem, für die Vereinigten Staaten vielleicht kleinem Ausmaße in seinem Lebensnerv getroffen sein.

Schließlich fragte Mr. Baillie den Führer und Reichskanzler noch, ob Deutschland die Wiedergewinnung von Kolonien anstrebe. Der Führer und Reichskanzler antwortete, daß Deutschland seine kolonialen Ansprüche niemals aufgeben würde.

Addis Abeba meldet:

Die Wiedereinnahme von Makalle.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Addis Abeba:

Die an der Südfront erneut einsetzende starke italienische Fliegertätigkeit und Vorstöße der Flieger bis Dagabur mit zahlreichen Bombenabwürfen werden hier als Tarnungsmanöver für den Rückzug der Italiener auf allen Fronten bezeichnet. Man erklärt, daß an der Nordfront in Gheralta und Tembien die italienischen Truppen unter starkem abessinischem Druck zurückgingen.

Auch aus Makalle sei in der Nacht die italienische Besatzung von 1200 Mann abgezogen und schlage sich nun in dauernden Gefechten auf die Rückzugsstraße in Richtung Adigrat durch.

Ebenso sollen auch andere italienische Posten, die bis zur gleichen Höhe vorgeschoben gewesen seien, sich zum Rückzug bereitmachen. Wie die hier ausgegebenen Berichte weiter besagen, drückten die abessinischen Truppen den zurückziehenden Gegnern hart nach. In den Morgenstunden des Mittwoch sei Makalle wieder besetzt worden.

Über die von Rom dementierte Räumung Makalles durch die Italiener werden von abessinischer offizieller Seite neue Einzelheiten verbreitet. Danach sollen die 1200 Mann zur Besatzung von Makalle gehörenden italienischen Truppen die Stadt unter Mitnahme von Waffen und Proviant eilig geräumt haben. Der Rückzug vollzog sich in Richtung auf Adigrat. Eine italienische Askari-Abteilung von 13 Mann, die unter Führung eines eingeborenen Offiziers stand, sei in die Hände der Truppen Ras Seyoums gefallen. In abessinischen Militärkreisen erklärt man sich den italienischen Rückzug aus der Tatsache, daß starke abessinische Streitkräfte im Tembien-Gebiet, also

im Rücken der italienischen Stellungen

bei Makalle, die italienischen Verbindungen bedrohten. Es sei ein strategischer Fehler gewesen, vor Sicherung der Verbindungen und Säuberung des Seitenfeldes so schnell und so weit vorzustoßen, wie es die italienische Heeresleitung getan habe.

Luftalarm in Harrar.

Von abessinischer Seite wird bestätigt, daß fünf italienische Bombenflugzeuge mehrere Dörfer der Provinz Harrar angegriffen haben. Über Djigdjiga und Umgegend hätten sie sich aber mit Geländeaufnahmen begnügt. Harrar selbst hätten sie nicht erreicht, obwohl ein italienischer Heeresbericht davon gesprochen habe. Die Nähe der Flugzeuge hätte aber die große Handelsstadt in Luftalarm versetzt, der ausgezeichnet funktioniert habe. Auf die telephonische Meldung vom Hereannahen der italienischen Bomber hätte ein Polizeisignal genügt, und sämtliche Straßen seien binnen kürzester Zeit leer gewesen.

Aufstand auch in Brasiliens Hauptstadt

DNB meldet aus London:

Nach englischen Presseberichten griff der kommunistische Aufruhr, von dem bisher nur Nordbrasilien heimgesucht war, am Mittwoch auch auf die Hauptstadt Rio de Janeiro über. Soldaten und Flieger schlossen sich den Kommunisten an. Eine Gruppe von Unteroffizieren der brasilianischen Fliegerschule in Rio griff die Offiziere des 1. Fliegerregiments an. Aufständische in der Artillerieschule richteten ihre Geschütze gegen die Fliegerschule und setzten sie in Brand. Die Brasilianische Regierung ordnete die Räumung des Stadtteils Urca an, um die in der Kaserne Praia Vermelha zusammengezogenen Aufständischen mit Fliegerbomben belegen zu können.

In einer amtlichen Verlautbarung heißt es kurz:

„Die Fliegerschule ist durch ein Bombardement in Trümmer gelegt worden, das dritte Regiment wird belagert und beschossen.“

Spätere Meldungen besagen, daß die Fliegerkadetten, die sich anfangs den Aufständischen angeschlossen hatten, zu den Regierungstruppen übergegangen sein sollen. Reuter meldet, daß sich die Armeetruppen und ein Fliegerkommando in Sao Joao den Aufständischen angeschlossen haben. Nach Mitteilungen der Brasilianischen Regierung sei Natal in Nordbrasilien von den Regierungstruppen zurückerobert worden. Auch aus Pernambuco seien die Rebellen während der Nacht vertrieben worden.

Zeppelin in Pernambuco gelandet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch nachmittag in Pernambuco glatt gelandet.

Auf seiner fünfhundertsten Fahrt stellte das Luftschiff „Graf Zeppelin“ der Deutschen Zeppelin-Reederei unfreiwillig einen neuen Dauerrekord für Luftschiffe auf. Infolge der Unruhen in Brasilien war das Luftschiff, das auf einer seiner Postfahrten von Basel nach Pernambuco begriffen war, an seiner Landung in Pernambuco verhindert, und mußte von Montag früh bis Mittwoch nachmittag vor der brasilianischen Küste kreuzen, bis es am Mittwoch nachmittag endlich in Pernambuco landen konnte.

Das Luftschiff war 119 Stunden in der Luft. Damit ist der bisherige Dauerrekord des Luftschiffes, den es auf seiner ersten Fahrt nach Nordamerika, vom 11. nis 15. Oktober 1928, mit 111 Stunden 44 Minuten aufstellte, um rund sieben Stunden überboten worden.

Auch die Fahrtdauer auf der bisher längsten Strecke des „Graf Zeppelin“ nach Tokio auf seiner Weltfahrt im August 1929 wurde mit rund 17 Stunden geschlagen. Damals brauchte das Luftschiff für diese 11 300 Kilometer lange Strecke nur 101 Stunden 49 Minuten.

Japanische Truppen vor Peiping.

Aus Peiping wird gemeldet, daß die japanischen Truppen bereits vor den Toren der Stadt stehen. Sie haben den Bahnhof Tschangyimen besetzt, der nur wenige Hundert Meter von dem Südtor Peipings entfernt liegt. Über die Stadt selbst soll das Kriegsrecht verhängt worden sein.

Da sich auch der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Fengtai in der Gewalt der japanischen Truppen befindet, besitzen die Japaner jetzt die Kontrolle über den Eisenbahnverkehr in Nordchina. Im Zugverkehr ist keine Stockung eingetreten. Auch die Eisenbahnverbindung zwischen Peiping und Hankau in Mittelchina ist nicht unterbrochen.

Deutsches Reich.

Dr. Friedrich Rosen gestorben.

Der frühere Reichsminister des Äußern und langjährige Botschafter, Wirklicher Geheimer Rat, Dr. phil. Friedrich Rosen, ist am Mittwoch früh an den Folgen eines vor 14 Tagen erlittenen Beinbruchs im Alter von 79 Jahren im deutschen Krankenhaus zu Peiping gestorben. Dr. Rosen war zum Besuch seines Sohnes, der der deutschen Botschaft in China angehört und augenblicklich vertretungsweise die Geschäfte des deutschen Konsuls in Mukden wahrnimmt, nach Peiping gekommen.

Pseudonym für Juden verboten.

In Vereinbarung mit dem Geheimen Staatspolizeiamt hat die zuständige Stelle im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda allen jüdischen Künstlern das Führen von sogenannten Künstlernamen (Pseudonymen) untersagt. Dieses Verbot gilt auch für die im Rahmen des Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde tätigen nichtarischen Personen.

Aus anderen Ländern.

Venizelos begnadigt.

Nach einer Meldung aus Athen hat der König zwei Erlasse unterzeichnet, mit denen aus politischen Gründen verurteilten Personen eine allgemeine Begnadigung bewilligt wird. Durch den zweiten Erlaß wird eine Begnadigung für Angehörige des Heeres ausgesprochen. Die beschlagnahmten Vermögen sollen nicht zurückerstattet werden. Nach den Bestimmungen des Erlasses dürfte auch für Venizelos die Möglichkeit bestehen, nach Griechenland zurückzukehren.

Macdonalds Tochter wird Gastwirtin.

Während das weitere Schicksal Ramsay Macdonalds noch in Schwebe zu sein scheint, hat sich seine Lieblingstochter Ishbel Macdonald entschlossen, eine neue Laufbahn einzuschlagen. Sie hat, wie „Daily Sketch“ meldet, das uralte Landwirtshaus „Zum Pflug“ in Speen, unweit von Chequers, dem Landsitz der britischen Ministerpräsidenten, käuflich erworben und beabsichtigt, das malerisch gelegene Dorfwirtshaus selbst zu bewirtschaften.

Die Abänderung der Einkommensteuer.

Im Dz. Ust. Nr. 85 vom 24. November ist jetzt das Dekret über die Abänderung der Einkommensteuer erschienen. Die Steuertabelle für die Angestellten und diejenigen, die Ruhegehalt beziehen, haben wir bereits vor einigen Tagen nach den offiziösen Angaben mitgeteilt. Die Steuerpflicht ist hier bekanntlich erheblich umfangreicher als bisher; während sie bisher erst bei einem Einkommen über 2500 Złoty begann, beginnt sie nach der neuen Skala bereits bei Einkommen über 1500 Złoty jährlich. Dagegen hat sich die Ankündigung, daß bei Einkommen aus Grundbesitz, Kapitalien und sonstigen Einnahmen, die nicht aus Gehalt und Lohn sowie aus Ruhegehalt herrühren, die Steuerpflicht bereits bei einem Einkommen von 1200 Złoty beginnen würde, daß also das steuerfreie Existenzminimum auf diesen letzten Betrag herabgesetzt werden würde, nicht bestätigt. Oder richtiger: bei den Vorberatungen über die Steuerpläne ist dieses Projekt schließlich fallen gelassen worden. Die **Steuerpflicht beginnt also hier wie bisher bei einem Einkommen von 1500 Złoty jährlich.** Die Steuer beträgt in der 1. Stufe bei Einkommen von 1500 bis 1550 44 Złoty, in der 20. Stufe (Einkommen 4800—5200 Złoty) 283, in der 28. Stufe (Einkommen 9200 bis 10 000 Złoty), 742 Złoty, und so geht es progressiv weiter bis in der 73 Stufe (Einkommen 192 000—200 000 Złoty) der Steuersatz 70 000 Złoty beträgt.

Zu dieser Steuer können auch wie bisher die kreisfreien Städte sowie die Kreise Zuschläge erheben je nach der Höhe des Einkommens in Höhe bis 4, 4,5 und 5 Prozent.

Die Steuerstufe erhöht sich für Unverheiratete, die kein Familienmitglied zu unterhalten haben, um 14 Prozent (bisher um 20 Prozent).

Das Dekret tritt am 1. Januar 1936 in Kraft. **Gleichzeitig erlischt das Gesetz** vom 22. Oktober 1931 über den **Krisenzuschlag zur Einkommensteuer** und auch der durch Gesetz vom 26. März 1935 eingeführte **Zuschlag von 15 Prozent** zur Einkommensteuer.

Dieser letztere Zuschlag wurde zwar auf Grund der Verordnung des Finanzministers vom 30. 3. 35 (Dz. U. Nr. 23 Poz. 155) nicht erhoben, weil er mit der Krisensteuer zusammenfiel. Da jetzt die Krisensteuer aber in Wegfall kommt, würde er automatisch wieder aufleben. Deshalb wird in Art. 5 Abs. 3 des Dekrets verordnet, daß in dem Art. 1 Punkt 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. 3. 35, wodurch der Finanzminister ermächtigt wird, 15 Prozent Zuschlag zu erheben zur Erbschaftssteuer und zu den direkten Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer, hinter dem Worte Grundsteuer hinzugefügt werden die Worte: „und der Einkommensteuer". Was besagen will, daß dieser 15prozentige Zuschlag auch nicht zur Einkommensteuer erhoben werden darf.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 28. November.

Wolkig bis trübe.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet stark wolkiges bis trübes Wetter mit verbreiteten Niederschlägen an.

In der letzten Stadtverordnetensitzung

wurde über die verschiedenen Kommunalzuschläge zu den Staatssteuern beraten. Zu Beginn der Sitzung betonte Stadtpräsident Barciszewski, daß der Magistrat gezwungen sei, diese Kommunalzuschläge in alter Höhe zu erheben, während die Budget-Kommission sich für eine Herabsetzung ausgesprochen habe. Der Stadtpräsident bat die Versammlung, den Standpunkt des Magistrats anzuerkennen. Im Namen der Kommission sprachen die Stadtv. Martini und Budziński. Bei der Abstimmung sprach sich die Versammlung für die Magistratsanträge aus. Es wurde beschlossen:

Der Kommunalzuschlag von den Staatsgebühren zur Herstellung von alkoholischen Getränken in Höhe von 50 Prozent;

der Kommunalzuschlag zu den staatlichen Gebühren vom Verkauf alkoholischer Getränke in Höhe von 150 Prozent;

der Kommunalzuschlag zu der staatlichen Gewerbesteuer bei Unternehmen und Berufen, die der staatlichen Umsatzsteuer unterliegen, in Höhe von 25 Prozent, außerdem bei allen anderen Berufen in Höhe von 30 Prozent des jeweils gelösten Gewerbepatents oder der gelösten Registrierkarte.

Grippe und Influenza drohen!

Vernünftige Kleidung für die Übergangszeit!

Der November ist für die Gesundheit die gefährlichste Jahreszeit. Allenthalben kämpft die Menschheit mit Erkältungskrankheiten aller Art, mit Husten und Schnupfen, in ernsteren Fällen mit Grippe und Influenza. Um sich gegen die Tücken der spätherbstlichen Witterung zu schützen, bedarf es vor allem vernünftiger Kleidung. Kälte ist für die Gesundheit nicht entfernt so gefährlich wie das naßkalte Wetter, das wir gerade in diesen Wochen genießen.

Längst haben wir den Wintermantel hervorgeholt. Aber damit allein ist es nicht getan. Und ganz besonders die Frau pflegt in ihrer Kleidung vielfach noch ein wenig leichtfertig zu sein und besinnt sich erst, wenn die schwere Erkältung da ist. Viel gesündigt wird hinsichtlich einer ausreichenden Unterkleidung. Unzählige Frauen behaupten oft, es ginge nicht, daß sie warme Wäsche anzögen, diese trüge zu sehr auf! Natürlich soll man auch nicht im entgegengesetzten Sinne unvernünftig sein. Wer sich durch übertrieben warme Kleidung verwöhnt, wird beim geringsten Wechsel in der Kleidung am ersten eine Erkältung bekommen. So ist es zum Beispiel durchaus unangebracht, im geheizten Zimmer sehr dicke wollene Pullover zu tragen, die möglichst noch den Hals eng umschließen. Gerade der Hals muß abgehärtet werden. Die frühere Kleidermode, die fast immer einen kleinen Halsausschnitt freiließ, kam dieser Forderung eher entgegen als die heutigen meist hochgeschlossenen Kleider. Um so weniger aber haben wir Grund, diese Richtung noch zu übersteigern und den Hals absichtlich warm einzupacken.

Jede Mutter sollte auch bei ihren Kindern auf vernünftige Kleidung achten. Gerade hier ist oft ein Machtwort vonnöten. Wie erinnerlich, wurde bereits im Vorjahre von der Reichsjugendführung verfügt, daß die Jugend in den Wintermonaten nicht mit nackten Beinen und den leichten Sommerhosen herumzulaufen habe. Mancher Junge glaubt noch immer in kindlichem Unverstand, seinen Kameraden mit solch einer völlig falsch verstandenen „Abhärtung" imponieren zu müssen. Alle möglichen rheumatischen Erkrankungen in späteren Jahren können die Folge davon sein. Deshalb sollte jede Mutter auf eine zweckmäßige warme Kleidung ihres Jungen bestehen, die seine Freude am Wandern, an Spiel und Sport auch im Winter in keiner Weise zu beeinträchtigen braucht.

Die Arbeiten an der Straßenbahn nach Bleichfelde

haben vorgestern mit der Errichtung von vier hohen eisernen Masten an der Ecke der Danzigerstraße und Bleichfelderweg begonnen. Heute nacht setzten auch die Arbeiten für die Gleislegung ein. Von der Danzigerstraße erfolgt eine Abzweigung in den Bleichfelderweg hinein.

Damit tritt ein schon lange vorliegendes Projekt in das Stadium der Verwirklichung. Der Stadtteil Bleichfelde, der sich in den letzten Jahren außerordentlich ausgebaut hat, erhält damit die langersehnte Verbindung mit dem Stadtzentrum. Hoffen wir, daß die Arbeiten noch vor Eintritt starker Fröste möglichst weit gefördert werden können.

§ **Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit** beging am Sonntag, dem 24. d. M., das Ehepaar Wilhelm und Auguste Bork, geborene Karau, im Alter von 86 und 79 Jahren, wohnhaft in Czarnówczyn, Kreis Bromberg. Während der Andacht, die Pfarrer Eichstaedt in Osielsk abhielt, segnete er das hochbetagte Paar ein. In herzlichen Worten wünschte er Glück und Gottessegen auch im Namen des Konsistoriums dem Jubelpaare auch im ferneren Leben. Wilhelm Bork war Kriegsteilnehmer von 1870/71. Mit einer stillen Feier im Kreise von Kindern und Enkelkindern fand der bedeutende Tag seinen Abschluß.

§ **Die Abzüge von der Miete** in Höhe von 15 Prozent resp. 10 Prozent, die auf Grund des Dekrets vom 14. November vom 1. Dezember d. J. ab gemacht werden können, erfolgen bei Wohnung, die dem Mieterschutzgesetz unterliegen, wie wir in Berichtigung einer Briefkastennotiz feststellen, nicht von der tatsächlich gezahlten Miete, sondern von der Grundmiete.

§ **Polens Sportabzeichen.** Das erst vor einigen Jahren in Polen geschaffene Sportabzeichen hat in einem starken Maße dazu beigetragen, daß die Sportbewegung immer neue Anhänger fand und besonders auf dem Lande die Begeisterung für Sport und Spiel wachgerufen wurde. Die zunehmende Verbreitung des Sportabzeichens in allen Bevölkerungsschichten ist nicht zuletzt ein Kennzeichen des allgemeinen sportlichen Aufschwungs. Wurden im Jahre 1931 in ganz Polen nur 3000 Abzeichen verteilt, so ist die Zahl der Träger im letzten Jahre auf rund 190 000 angewachsen.

§ **Kino Kristall.** An dem Thema „Gold" sind seit dem Bestehen der Filmindustrie schon viele geringwertige Film-Experimente gemacht worden, weil dieses Thema gewöhnlich in blutrünstige Kriminalaffären überzugehen pflegte. Wie anders der von der Ufa gedrehte Film, der jetzt über die Leinwand des Kino Kristall geht. So weit der Film an sich eine gedankliche Erörterung eines solchen Themas zuläßt, ist dies auch geschehen: die soziale und wirtschaftliche Folgeerscheinung. Wo diese weise Begrenzung erkannt wurde, mußte ein Filmwerk entstehen, das zu höchster Bewunderung zwingt. Der Ufa-Film „Gold" ist wertvoll wie das Metall, das er zum Thema hat. Die künstlerischen Vorzüge sind so groß, daß manche kleine Konzession des Films an das Kino-Publikum gern verziehen wird. Die Produktionsleitung und die Regie waren von unerhörter Kühnheit in ihren technischen Arbeiten. Die Darsteller haben im Zusammenspiel einen seltenen Zusammenklang erreicht, die Spielleitung hat hier mit weiser Hand aus einem jeden ein Höchstmaß an Darstellungskunst herausgeholt, und jede Übertreibung vermieden. So sind Hans Albers, Brigitte Helm, Michael Bohnen, Lien Deyers, Kayßler, Korchow, so sind auch die übrigen. Die Namen des Herstellers und des Spielleiters Alfred Zeisler und Karl Hartl muß man sich merken, ebenso des Komponisten Hans Borgmann, der durch seine musikalische Untermalung die ungeheuere Spannung des Films beträchtlich erhöht. Ein Film, den man nicht vergißt.

§ **Aus verschmähter Liebe mit Salzsäure gegen seine Verlobte.** Anfang d. J. machte der 25jährige Alojzy Kuczynski die Bekanntschaft der hier Neuer Markt 5 wohnhaften Jozefa Owieśnia. Da die jungen Leute Gefallen aneinander fanden, verlobten sie sich nach kurzer Zeit. Bald aber mußte die O. die betrübliche Feststellung machen, daß ihr Verlobter einen leichtsinnigen Lebenswandel führte. Als ihre Vorhaltungen und Bitten, ein solides Leben zu führen, auf ihren Verlobten ohne Eindruck blieben, löste sie die Verlobung. Nun bereute er doch den Bruch und versuchte deshalb mit allen Mitteln eine Versöhnung herbeizuführen, ohne aber damit Erfolg zu haben. Im Mai machte er nochmals einen letzten Versuch, seine Braut umzustimmen, suchte sie in ihrer Wohnung auf und bat sie, das alte Verhältnis wieder herzustellen. Als die O. jedoch unerbittlich blieb, zog er ein Fläschchen mit Salzsäure aus der Tasche und goß den Inhalt der Ahnungslosen ins Gesicht. Den Rest trank er in selbstmörderischer Absicht aus. Beide mußten mit dem Rettungswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden. Während K. bald wieder hergestellt werden konnte, hatte die O. durch die Salzsäure das linke Auge verloren. Das Ende dieser Affäre spielte sich jetzt vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts ab. Kuczynski wurde aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht zur Verhandlung vorgeführt. Auf dem Gerichtskorridor begrüßte er seine ehemalige Braut mit einem galanten Handkuß. Die Salzsäure war, wie er vor Gericht angibt, nicht für seine Verlobte, sondern für ihn bestimmt gewesen. Nur durch eine ungeschickte Handbewegung der O. ergoß sich der größte Teil der Flüssigkeit in ihr Gesicht. Er habe auch jetzt noch die feste Absicht, die Owieśnia, die er aufrichtig liebe, zu heiraten und hoffe, daß sie ihm inzwischen seine Tat verziehen habe. Die O. als Zeugin vernommen bestreitet die Angaben des Angeklagten, wonach sie sich durch eigene Unvorsichtigkeit, mit der Salzsäure verletzt hätte. Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde Kuczynski, der bereits vorbestraft ist, vom Gericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

§ **Ein guter Griff gelungen** ist der Polizei im Zusammenhang mit dem großen Einbruchsdiebstahl, der in der Nacht zum 16. d. M. in dem Herren-Artikelgeschäft der Firma Hirsch-Langer, Danzigerstraße, verübt worden ist. Wir berichteten seinerzeit, daß den Einbrechern Artikel (Herrenwäsche, Handschuhe usw.) im Werte von 10—12 000 Złoty in die Hände fielen. Die Täter, die sich vom Hofe aus in das Geschäft Eingang verschafft hatten, hatten unter den Waren sorgfältig gewählt und nur die besten Erzeugnisse gestohlen. Die sofort eingeleitete Untersuchung der Polizei ließ diese einige bestimmte Spuren verfolgen. Eine derselben führte nach Posen, wo der Einbrecher Edward Wojtkowicz aus Wilna in seiner Wohnung in Posen verhaftet wurde. Ein Mittäter konnte jedoch entfliehen; es handelt sich um einen schon mehrfach vorbestraften Einbrecher namens Czesław Wleklik aus Posen. Wojtkowicz wurde in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert, desgleichen ein in der hiesigen Unterwelt bekannter Mann, der wahrscheinlich die Vorbereitungen für den Einbruch ausgeführt hat. Außerdem hat man in Posen eine Martha Ternaszczak verhaftet, die der Hehlerei beschuldigt wird. Bei ihr haben die Einbrecher das Diebesgut abgeliefert und die Genannte soll dann an weitere Hehler die gestohlenen Sachen abgegeben haben. Nur ein kleiner Teil der Ware konnte von der Polizei beschlagnahmt werden. Die Untersuchung geht weiter.

§ **Während der Eisenbahnfahrt bestohlen** wurde am Dienstag eine Frau, die von Dirschau nach Schildberg unterwegs war. Als der Zug in Rinkau hielt, schaute sie durch das Fenster, ohne auf ihren Korb zu achten, der mit Wäsche im Werte von 80 Złoty zu ihren Füßen stand. Diesen Augenblick benutzte ein unbekannter Mann, der den Korb ergriff und zur anderen Tür ausstieg. Erst als der Zug sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte, bemerkte die Frau zu ihrem nicht geringen Schrecken, daß der Korb verschwunden war. Sie machte von ihrem Mißgeschick der Polizei Meldung.

§ **Einen Unfall** erlitt der 15jährige Schüler G. Sadowski, Nakelerstraße 18, als er an der Ecke Hippel- und Berlinerstraße von einem fahrenden Straßenbahnwagen absprang. Er erlitt dabei nicht unerhebliche Verletzungen.

§ **Wer sind die Besitzer?** Auf dem 1. Polizeikommissariat befinden sich folgende Gegenstände, die von Diebstählen herrühren: Verschiedene Fahrradteile, 2 Bettbezüge, 2 Tischdecken, 1 Kammgarnanzug, Oberhemden, Taschentücher und 3 Koffer. Die rechtmäßigen Besitzer können sich bei dem genannten Kommissariat, fr. Wilhelmstraße (Jagiellońska) 5, melden.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

M. T. V. Bromberg. Heute, Donnerstag, 8.45 Uhr: Mitgliederversammlung im Kasino. (8330

Aufsehenerregender Versicherungsschwindel.

ss **Tremessen,** 27. November. Vor einigen Tagen meldete der Gutsbesitzer Antoni Mrówka in Zieleń, daß bei ihm ein Einbruchsdiebstahl verübt wurde, wobei den Dieben Pelze, Garderobe, Wäsche, Goldschmuck, Waffen und silberne Tischgeräte im Gesamtwert von 5000 Złoty in die Hände gefallen sein sollen. Der hiesige Polizeikommandant Jaskółkowski begann sofort mit den Untersuchungen, die ein überraschendes Ergebnis zur Folge hatten. Mrówka, der erst 26 Jahre alt und Besitzer eines Gutes ist, das einen Wert von 100 000 Złoty hat, wargegen Diebstahl auf 23 000 Złoty versichert. Am 16. d. M. traf unbemerkt um 11 Uhr nachts bei ihm ein Verwandter, der Kaufmann Edward Falenski aus der Kreuzstraße 10 in Posen ein, der in der Wohnung des M. versteckt gehalten wurde. Am nächsten Tage schloß M. alle Zimmer ab und fuhr mit seiner Frau zu einer Familie nach Ostrowite. Als sich nun das Dienstpersonal zur Ruhe begeben hatte, begann der eingeschlossene Falenski seine Diebesarbeit, entkittete die Fensterscheiben, zerschlug dieselben, packte die genannten Sachen zusammen, verschwand damit ungesehen und fuhr nach Posen ab. Als Mrówka nachts heimkehrte, war seine „Überraschung" über den Diebstahl groß. Er wurde verhaftet und Jaskółkowski fuhr nach Posen. Dort und in der Umgegend führte er bei der Verwandtschaft des M. in drei Tagen mühevolle Untersuchungen durch. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde in einem Kiosk versteckt gefunden. Die Schwester des M., bei welcher Falenski wohnte, bekannte, daß sich die Pelze im Pfandhaus in Posen, ein Teil der Garderobe in Gnesen und der Goldschmuck mit den silbernen Tischgeräten in einer im Schuppen in Zieleń vergrabenen Milchkanne befinden. Falenski hatte ein ähnliches Betrugsmanöver schon durchgeführt. Frau S., die Schwester des Mrówka, erhielt damals für die ihr angeblich gestohlenen und während der jetzigen Hausrevision gefundenen Sachen eine Entschädigung von 3600 Złoty. Jaskółkowski beschlagnahmte ein Postsparkassenbuch mit 2000 Złoty und beide Betrüger wanderten ins Gnesener Untersuchungsgefängnis.

v **Argenau** (Gniewkowo), 27. November. Bisher nicht ermittelte Diebe stahlen dem Arbeiter Wieczorek den gesammten Kartoffelvorrat von 30 Zentnern aus der Miete. Dem Landwirt Simon in Modliborzyce wurden von unbekannten Tätern zwei Schweine im Gewicht von je 2½ Zentnern aus dem Stalle gestohlen. — Unbekannte Diebe stahlen dem Landwirt Ignacy Filipiak in Ośniszczewko zirka 30 Zentner Kartoffeln aus der Miete. Gleichzeitig wurden Jan Filipiak ebenfall aus Ośniszczewko zirka 30 Zentner Kartoffeln aus der Miete gestohlen.

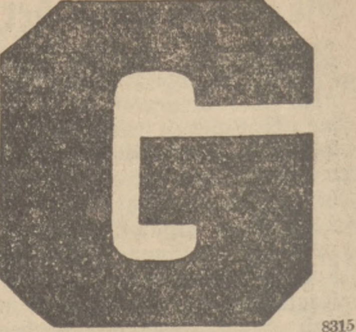
┴ **Weißenhöhe** (Białośliwie), 27. November. Der 20jährige Knecht Jan Szczepaniak des Landwirts Alojzy Kraski erlitt am letzten Montag einen bedauerlichen Unglücksfall. Des Morgens führte er den Bullen aus dem Stalle zur Tränke. Dabei fiel der Bulle über ihn her und bearbeitete K. derartig mit den Hörnern, daß er in das Samotschiner Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Zustand des Verletzten ist ernst.

Wasserstand der Weichsel vom 28. November 1935.

Krakau — 2,37 (— 2,62), Zawichost + 1,20 (+ 1,17), Warschau + 0,90 (+ 0,87), Płock + 0,67 (+ 0,71), Thorn + 0,61 + 0,47), Fordon + 0,48 + 0,30), Culm + 0,30 (+ 0,27), Graudenz + 0,53 (+ 0,49) Kurzebrak + 0,76 (+ 0,74), Piekel — 0,12 (— 0,13), Dirschau — 0,24 — 0,24), Einlage + 2,28 (+1,98), Schiewenhorst + 2,46 (+ 2,20). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund"



Im Krankenhaus zu Thorn starb heute nacht 1 Uhr nach kurzem, unsäglichem Leiden unser inniggeliebter, treusorgender Vater und Schwiegervater, herzensguter Opapa, Bruder, Schwager und Onkel, der Besitzer

Otto Busse

im 78. Lebensjahre.

Er folgte unserer unvergeßlichen Mutter nach drei Monaten in die Ewigkeit nach. 8327

Zugleich im Namen der Hinterbliebenen in tiefer Trauer

Frau Margarete Schmidt
geb. Busse.

Bielczyny p. Chełmża, den 27. November 1935.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. Dezember d. J., mittags 12.30 Uhr, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes in Chełmża aus statt.

Heirat

Danzig Kaufmann, 29 Jahre alt, evang., große, stattliche Erscheinung, vermögend, **sucht,** da sehr zurückgezogen lebt, **zw. Heirat** auf diesem Wege Bekanntschaft einer großen, **schlanken Dame** bis 26 Jahre. Vermögen erwünscht, jedoch nicht Bedingung; gegenseitige Zuneigung Hauptsache. Vertrauensvolle Zuschriften, die diskr. behandelt werden, unt. F 8328 an d. Geschft. d. Ztg. erb.

Welche geist. u. sittlich hochst. gesinnte Dame mit nur wahrer Herzensgüte, wirtsch. Inter., froh. Wesensart u. Verm., wünscht Bj. kath. und charakterfest. **Forstverwalter** zum verstehend. Lebenskameraden, um i. Waldfried. das ersehnte Eheglück zu finden. Zuschr. mit Bild unter J 8289 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besitzertochter, 39 J. alt, mittelgroß, mit 5000 Złoty Vermögen, **wünscht Lebenskameraden.** Offert. mit Bild und Angabe der Verhältnisse unt. D 8172 a. d. Gst. d. B. einzusend.

Fabrikbesitzer 8306
evgl., 37 J., i. gr. Provinzstadt, wünscht Bekanntsch. m. Dame aus gut. Hause zw. **Heirat.** Verm. erw. Off. m. Bild unt. F. H. a. d. „**Grenz-Zeitung" Rypno,** Wilp.

Suche für meinen Bruder, Konditormeister, Ende 30, mit Konditorei im eigenen Grundstück, Großstadt Ostpreußens, Reichsdeutscher, nette Erscheinung, **Lebensgefährtin.** Branchekenntnisse und Vermögen erwünscht. Nur ernstgemeinte Angebote unter A 3376 an die Geschst. d. Ztg.

Kaufmann (Reichsd.), evgl., eigen. groß. Hausgrundst. in größ. Stadt, w. **Ehe** mit Polnerin a. gut. Hause. Verm. erw. Zuschrift. m. Bild unt. F. H. a. d. „**Volksboten" Rypno,** Wilp. 8305

Besitzerstochter, wirtschaftlich, häuslich, anfangs 40, evgl., **wünscht sich ein Heim.** Witw. mit oder ohne Kinder (kleinere Landwirtschaft). Auskunft **Sonnenberg, Chełmno,** Wodna 23. 8280

Geschäftsmann dtsch., ev., poln. Staatsbürger, 53 Jahre, mit ca. 20000.— bar u. gut. Existenz, **sucht Dame** mit entspr. Vermögen **zwecks Heirat.** Auch Heirat mit Beteiligung an gutgehendem Geschäft oder and. Unternehmen angenehm. Zuschriften mit Bild, die streng vertraulich behandelt werden, unt. G 8182 an die Gschft. dieser Zeitung.

Gebild. jg. Frau aus guti. Hause m. erstklass. Erzieh., vornehm. Aussehen, allein. Erb., sucht solid. gebildeten **Ehepartner.** Herr. i. Alt. v. 35—45 J., i. sich. Posit. od. höh. Beamt. w. s. ang. Zuschr. u. D 8225 a. d. Gst. d. Z. erb.

Gebild. Landwirt evgl., Mitte zwanzig, vermögend, sucht auf diesem Wege Bekanntschaft einer jung., vermögend. Dame zwecks späterer Heirat. Einheirat bevorzugt. Gefl. Off. unter **659** an Ann.-Expd. **Kosmos, Poznań,** skr. p. 1037. 8281

Landwirtstochter 33 J. alt, berufstät., mit Vermög., sucht, da es ihr an Herrenbekanntschaft mangelt, strebsamen Handwerk. in gesichert. Position **zwecks Heirat** kennen z. lernen. Witwr. nicht ausgeschloss. Off. unter **E 8256** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Zum 1. Jan. 36 gesucht eine erfahr., jüngere, evgl. **Wirtin.** Gehaltsanspr. u. Zeugnisse zu senden an Frau von **Kries-Smarzewo,** pt. Smętowo Pom., pow. Świecie. 8279

Alleiniges 8330 **Hausmädchen** evgl., bewand. in allen Zweigen d. Haushalts zum sofort. Antritt ges. Meldung mit Zeugniss. erbeten an Frau **Lydia Harhausen,** Tczew, Ev. Pfarrhaus.

Suche für sofort ein tüchtig., älter. ehrliches **Mädchen** gut kochend, f. größeren Haushalt. 8285
Gutsbesitzer **Bruno Schroedter, Czyżkówko,** Otorowa 2.

Suche älteres, gebild., **deutsches Mädchen** m. Wirtschaftskennt. u. Nähkennt., das sich vor keiner Arbeit scheut, zu Kindern u. z. Stütze d. Hausfrau. Ang. d. Gehaltsford. D. u. Nr. 8212 an die Gesch. **A. Kriedte.**

Zum sofortigen Antritt oder 1. Dez. suche zwei ordentliche dtsch.-evgl. **Mägde** für landw.-bäuerlichen Betrieb. Offerten mit Forderungen unter **U 8275** an die Gst. d. Zt.

Stellengesuche

Wirtschafts-Inspektor mit 16jähriger Praxis, ledig, 34 J. alt, sucht zum 1. Januar oder 1. April 1936 Stellung. Offert. unter **668** an die Geschst. dieser Zeitung.

Brennerei-verwalter verheir., sucht von sofort Stellung. Gut. Fachm., führt Reparat. a. Masch. u. elektrisch. Anlag. selbst aus. Uebern. Nebenbesch., evtl. beil. Kamp. Stelle. Gefl. Off. unt. **B 8304** a. d. Geschst. d. Ztg.

Suche Oberschweizer-Stellung ab 1. April 1936 zu einer Herde von ca. 50—100 Milchkühen. Gute Zeugnisse vorhanden. Auf Wunsch persönl. Vorstellung. Off. u. **C 8322** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Jung. Mädchen sucht Stellung vom 1. 1. 36 oder später als **Stütze der Hausfrau** Back- und Kochkenntnisse vorhanden. Off. mit Gehaltsang. erb. Frau **Berg,** Zamkowa, pow. Brodnica. 8287

Besitzerstochter sucht von gleich oder später **Stellung,** am liebsten in der Stadt. Im Haushalt u. Nähen nicht unerfahren. Off. erbeten an 3451 **M. Schelski, Bydgoszcz,** Dąbrowskiego 9.

An- u. Verkäufe

2 Zinshäuser m. gr. Garten in Bydgoszcz für Zł. 38000 bar zu verk. Off. unter **A 3449** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

Im evangl. Pfarrhause **Kruschdorf (Kruszyn),** 10 km v. Bromberg, ist **eine Wohnung** 2 Zimm. u. gr. Küchen-Zub., sogl. od. 1. 1. 36 an ruh. Mieter zu vermiet. Groß. Garten, bequeme Bahn- u. Aut.-Verbdg. Ausk. ert. **W. Zech, Bawłowek,** v. Bydgoszcz VI.

Möbl. Zimmer

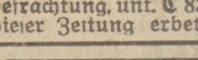
Möbl. Zimm. und Kabin. an 1 od. 2 berufst. Herr. sofort zu vermieten 3450 **Petersona 16,** m. W. 4.

Pachtungen

Suche von sofort **ein Grundstück** zu pacht. Mittelboden, gr. Wohnhaus u. gut. Gebd. zu pachten. Gen. Offerten unter **B 8277** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pensionen

Pension für Schüler (innen). 3433 **Hilfe** im Unterricht. **Herm. Frankego 17/3**







2. Blatt.

Deutsche Rundschau.

Nr. 275.

Bromberg, Freitag, den 29. November 1935.

Pommerellen.

28. November.

Graudenz (Grudziądz).

Betr. Schutz der Landwirte vor Exekutionen gibt die Pommerellische Landwirtschaftskammer folgendes bekannt: In letzter Zeit ereigneten sich Fälle irrtümlicher Auslegung der §§ 97 und 98 des Gesetzes aus dem Jahre 1896, das bestimmt, daß eine Zwangsversteigerung von Gerätschaften, Vieh, Feldfrüchten, die für die Wirtschaftsführung unentbehrlich sind, nicht erfolgen darf. Diese Vorschriften sind lediglich gegenüber den Besitzern von Landwirtschaften angewendet worden. In vielen Fällen aber, so bei Pächtern und Ansiedlern, die noch nicht den Eigentumstitel zu erlangen vermochten, haben Gerichtvollzieher die Versteigerung durchgeführt und Geräte, Vieh, Feldfrüchte verkauft. Ein solches Verfahren wurde von den Gerichtsvollziehern eben für zulässig erachtet. In dieser Angelegenheit hat sich nun die Landwirtschaftskammer an die zuständigen Stellen gewandt, und das Justizministerium hat infolge der Intervention der Kammer ein Rundschreiben ergehen lassen, das besagt, daß die erwähnte Interpretation der Gerichtsvollzieher unrichtig ist. Dem Versteigerungsschutze unterliegen alle Landwirtschaften ohne Ausnahme, also ohne Rücksicht darauf, wenn die Grundstücke nicht Eigentum der Personen sind, die die Landwirtschaft führen. Über die Zugehörigkeit der beweglichen Sachen entscheidet allein die Eigenschaft ihrer wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem Grundstück. Es werden somit von nun an die Bestimmungen über den Schutz von Exekutionen gegenüber allen Landwirten zur Anwendung gelangen. *

Auch eine „Zuckerwaren-Fabrik".

Kürzlich entdeckte die Sanitätsbehörde in einem Graudenzer Hotel eine geheim geführte Werkstatt zur Herstellung von Bonbons usw. Dieses sonderbare Unternehmen befand sich in zwei Zimmern, von denen eins als Küche sowie als Erzeugungsstätte der Süßigkeiten, und das andere als Wohnung diente, in der eine ganze, aus acht Personen bestehende Familie hauste. Um eine Existenzmöglichkeit zu erhalten, gewann man zwei Personen (Brüder) als Teilhaber, angeblich Fachleute, zur Zuckerwarenfabrikation.

Die Kommission fand bei ihrem Kommen die „Fabrikanten" gerade bei der Arbeit. Auf einem eisernen Öfchen siedete man einige Mixturen, auf schmutzigen Tischen und mit noch schmutzigeren Geräten wurde die zur Herstellung von Bonbons und Pfefferkuchen nötige Masse vorbereitet. An einem der Tische rasierte sich der eine der beiden Zuckerbäcker. Die bereits angefertigten Erzeugnisse, welche die Kommission in Augenschein nahm, machten einen nicht gerade für sich einnehmenden Eindruck; alle Fabrikate verfielen der Beschlagnahme. Ihre Erzeugnisse hatten die Hersteller bis dahin auf Jahrmärkten und Ablässen verkauft. Nach eingehender Inspektion der famosen Werkstatt, wollte die Kommission ins anliegende Zimmer schauen, aber es war verschlossen. Angeblich war der Inhaber mit Ware verreist und hatte den Schlüssel mitgenommen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als die Tür durch einen Schlosser öffnen zu lassen. Danach zeigte es sich, daß der Inhaber keinesfalls abwesend war, sondern im Bett lag. Auch in diesem Zimmer fand man allerlei Fabrikate, wie Lebkuchenfiguren, Zuckerflöten usw., sowie eine sehr verdächtig aussehende Teigmasse zur Fertigung der Zuckerwaren. Alles wurde konfisziert und zur Untersuchung geschickt. Die „Fabrik" hob man natürlich auf und erstattete gegen den Inhaber Strafmeldung. *

× **An die Anmeldung der Militärpflichtigen des Jahrgangs 1915**, die bis zum 30. d. M. im Rathause, Zimmer 201, zu erfolgen hat, wird amtlicherseits nochmals erinnert. Die Meldepflichtigen müssen die Bescheinigung über die erste Registrierung, ferner Geburtsschein oder Personalausweis, sowie Aufenthaltsmeldeschein vorlegen. Unterlassung der Anmeldung zur Eintragung in das Register der Militärpflichtigen zieht Arreststrafe bis zu drei Monaten oder Geldbuße bis zu 3000 Złoty nach sich. *

× **Die Liquidatoren der Kreissparkasse** fordern in einer offiziellen Bekanntmachung, die als erste bezeichnet wird, die Gläubiger der Kasse auf, ihre Ansprüche spätestens im Laufe von sechs Monaten vom Datum der dritten und letzten Bekanntgabe ab anzumelden. Gleichzeitig werden die Gläubiger der Kasse benachrichtigt, daß 1. mit der jetzt erfolgten Eröffnung des Liquidationsverfahrens Exekutionshandlungen gegenüber der Kasse nicht vorgenommen werden können; daß schon eingeleitete Exekutionsmaßnahmen ihre Wirkungskraft verlieren; und daß alle vor der Liquidationseröffnung vollzogenen Beschlagnahmungen von selbst verfallen; 2. daß während der Dauer der Liquidation kein sich auf Grundstücke der Kasse beziehendes Hypothekenverzeichnis erlangt werden kann, und daß 3. die Liquidationseröffnung im übrigen aber weder den Lauf von gegen die Kasse eingeleiteten gerichtlichen Verfahren aufhält, noch die Anstrengung solcher Verfahren gegen die Kasse verhindert. *

× **Appellation** angemeldet haben die in dem anderthalb Monate lang währenden Strafprozeß gegen die Vorstandsmitglieder der verfallenen Parzellierungs- und Ansiedlungskasse verurteilten Angeklagten. Ein gleiches ist auch seitens des Staatsanwalts, dem die Strafbemessung zu niedrig erschien, geschehen. *

× **Überaus dreist** ging am 3. Oktober d. J. der Arbeiter Jan Szymański von hier vor. Um sich umsonst einen Anzug zu verschaffen, stürzte er in den Laden von Perla Goldberg, Nonnenstraße (Klasztorna) 3, riß sich mir nichts, dir nichts das ersehnte Kleidungsstück von der Stange und jagte davon. Er kam freilich nicht allzuweit mit seiner Beute, denn man konnte ihn noch auf der Straße festhalten. Mit einem halben Jahr Gefängnis, das ihm das Burggericht auferlegte, muß der verwegene Kleiderdieb seine Tat büßen. *

× **Mißglückter Diebesausflug.** Nach dem nahen jenseitigen Michelau (Michale) machten sich am 22. August d. J. drei hiesige „treue Freunde", Jan Białojan, Antoni Zalewski und Franciszek Górecki, auf, um dort einen Landwirt, den sich das schätzenswerte Kleeblatt zum Objekt erkürt, zu bestehlen. Aber sie kamen nicht dazu, denn eine Polizeipatrouille nahm die Böses im Schilde Führenden schon vorher fest. Aus ihren gesetzwidrigen Absichten machten die Erwischten übrigens bei der Vernehmung gar kein Hehl. Vom Burggericht, das die Sache zu sühnen hatte, wurde die vergebliche Michelauer Gastrolle mit je drei Monaten Gefängnis für ihr „Unternehmen" geahndet. *

Thorn (Toruń)

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 28. November, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 5. Dezember, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 1. Dezember (1. Advent), hat die „Central-Apotheke" (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chełmińska) 6, Fernsprecher 2043. **

Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe, Ortsgruppe Thorn, veranstaltete am Montag, 25. d. M., im Deutschen Heim eine Versammlung, die von Mitgliedern und Gästen gut besucht war. Nach kurzen Worten der Begrüßung des Ortsgruppenvorsitzenden erhielt Schriftleiter Ströse-Bromberg das Wort zu einem längeren Vortrag über Wirtschaftsfragen der Gegenwart. In fesselnden Ausführungen verstand es der Vortragende, die oft schwierigen Probleme der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe nicht nur in einer von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Art zu beleuchten, sondern zugleich auch klar und verständlich darzubringen. Sein interessanter Vortrag fand starken Beifall. Hauptgeschäftsführer Schramm sprach im Anschluß daran über die neuen Bestimmungen der Lokalsteuer und der Wohnungsmieten und gab auf viele Fragen erschöpfende Auskunft. Der Vorsitzende dankte beiden Rednern für die überaus lehrreichen Ausführungen. **

v **Freispruch.** Das hiesige Burggericht verhandelte gegen den Chauffeur Konrad Rozmanowski aus Thorn, der beschuldigt wird, im März d. J. in der Breitestraße (ul. Szeroka) den 15jährigen Schüler Henryk Trawiński mit seiner Autodroschke überfahren zu haben. Weil die Beweisaufnahme ergab, daß der Geschädigte durch leichtsinniges Überqueren der Straße den Unfall selbst verschuldet hat, erfolgte Freispruch. **

v **Das ihr geschenkte Vertrauen mißbraucht** hat eine Händlerin, die einer hiesigen Bürgerin Eier zum Kauf anbot. Weil die Hausfrau kein Kleingeld hatte, händigte sie der Händlerin einen 50-Złotyschein aus, den diese in einem Geschäft wechseln sollte. Anstatt diesen Auftrag auszuführen, ließ die Händlerin das Geld in ihre Tasche gleiten und ließ sich nicht wieder sehen. Die Betrügerin wird jetzt polizeilich gesucht. **

v **Wohnungseinbruch am hellen Tage.** Der im ersten Stockwerk des Hauses Parkstraße (ul. Konopnickiej) 22 belegenen Wohnung des Direktors der Verwaltung der Wasserwege, Ing. Artur Born, wurde Dienstag mittag von äußerst verwegenen Einbrechern ein unerbetener Besuch abgestattet. Dies erfolgte zu einer Zeit, als sämtliche Bewohner abwesend waren. Die Täter drangen, nachdem sie die Wohnungstür mittels Blei geöffnet hatten, in die Wohnung ein und unterzogen dieselbe einer gründlichen Untersuchung. Den Schreibtisch und die Schränke plündernd, warfen sie alle weniger wertvollen Sachen auf den Fußboden und eigneten sich nur Wertgegenstände an. So fielen ihnen u. a. ein Karakupelz, eine Pelzmütze, Schmuckstücke, wie Ringe, Brillanten und eine Uhr, sowie 170 Złoty Bargeld in die Hände. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf über 5000 Złoty. Mit dieser reichen Beute verschwanden die Eindringlinge durch die Küchentür. Dieser verwegene Einbruch ist Gegenstand einer energischen polizeilichen Untersuchung. **

v **Festgenommen** wurden eine Person wegen Diebstahls und eine Person wegen Nichtgestellung zur ärztlichen Gesundheitskontrolle. Ferner mußten zwei Betrunkene den Weg zur Wache antreten. — Diesmal gelangten nur drei

kleinere Eigentumsvergehen zur Anzeige. Wegen Übertretung der polizeilichen Verwaltungsvorschriften wurden fünf Protokolle geschrieben. **

v **Wegen Lebensmittelbetrugs** nahm die hiesige Polizei den aus Frankreich zurückgekehrten 31jährigen Antoni Frątczak fest. Der Betrüger hat gewöhnlichen Karamelsirup mit einer dünnen Schicht Honig bedeckt und dieses Präparat als reinen Bienenhonig in den Handel gebracht. **

Konitz (Chojnice)

tz **Diebstähle.** Einer Frau Lipińska aus Karsin wurden Betten u. a. für etwa 125 Złoty während des Umzuges gestohlen. — Unbekannte Diebe stahlen nachts aus der Scheune des Besitzers Giersch in Osterwieck eine größere Menge Roggen. — In Ackerhof wurde ein Pferdegeschirr entwendet. +

tz **Wegen Sachbeschädigung** hatte sich ein Bürger aus der Schützenstraße vor dem Konitzer Gericht zu verantworten. Um sich an seinem Hauswirt zu rächen, der wegen der seit zwei Jahren rückständigen Miete ihm das Wasser abgedreht hatte, drehte er im Keller den Wasserhahn auf und ließ den Keller vollaufen. Von Hausbewohnern konnte das Wasser abgestellt werden, bevor größerer Schaden entstand. Der Mieter erhielt dafür zwei Wochen Arrest mit Bewährungsfrist. — Vier Wochen Haft und 50 Złoty Geldstrafe mit zweijähriger Bewährungsfrist bekam ein Hausierer wegen unerlaubten Fleischverkaufs auf dem Lande. +

---

ch **Berent** (Kościerzyna), 27. November. Der neugewählte Bürgermeister Kamiński will die Amtsgeschäfte während seiner Kadenz als Sejmabgeordneter ehrenhalber führen und hat auf Gehaltsbezüge verzichtet.

Allgemeiner Jahrmarkt findet in Berent am 3., Vieh- und Pferdemarkt am 10. Dezember statt.

Der Starost gibt bekannt, daß nur Selbsterzeugern Ausfuhrgenehmigungen nach Danzig erteilt werden und diesbezügliche Anträge der Hausierhändler keinesfalls berücksichtigt werden.

Die 13jährige Salomea Kreft aus Markubowo wurde beim beabsichtigten Diebstahl eines Opferkastens und einer Vase vom Altar der katholischen Kirche in Berent erwischt.

Gestohlen wurden der Irene Zube aus Neu-Podles in einem Berenter Geschäft 80 Złoty mit der Geldtasche, aus der verschlossenen Wohnung des Józef Sobie-

Graudenz.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 1. Dezember 1935. (1. Advent

Evangl. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Pf. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesdst., Montag abds. 8 Uhr Jungmädchen-Verein, Dienstag abd. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch abends 7½ Uhr 1. Adventsandacht, Donnerstag abds. 8 Uhr Jungmännerverein, Freitag nachm. 4 Uhr Frauenhilfe, abends 8 Uhr Jungvolk-Heimabend.

Dragaß. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Rehden. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Jungmädchenversammlung, Mittwoch nachm. 5 Uhr Adventsandacht.

Schwetz. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, Mittwoch nachm. 5 Uhr Adventsandacht.

Dulzig. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Schwenten. Nachm. ½3 Uhr Gottesdienst.

Thorn.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 1. Dezember 1935. (1. Advent)
* bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädtische Kirche. Vorm. 10¾ Uhr Gottesdienst, 11¾ Uhr Kindergottesdienst, jeden Freitag auch schon am 29. XI. abends 6 Uhr Bibelstunde im Konfirmandensaal, Bäckerstraße 24.

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.

Gr. Bösendorf. Vorm 10 Uhr Hauptgottesdienst*, 11½ Uhr Kindergottesdienst, Freitag nachm. 5 Uhr Adventsgottesdienst.

Leibitsch. Vorm. ½9 Uhr Gottesdienst mit anschl. Kindergottesdienst.

Grabowitz. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst mit anschl. Kindergottesdienst.

Neubruch. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Podgorz. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchenstunde, Mittwoch abends 6 Uhr Adventsandacht.

Rentschkau. Vorm. 10 U. Gottesdienst, danach Kindergottesdienst, Donnerstag nachm. 5 Uhr Adventsandacht.

Ostrometzko. Vorm. 10 Uhr Visitationsgottesdst.

Culmsee. Vorm. ½9 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Missionar Buß.

Seglein. Nachm. 2 Uhr Missionar Buß.

Lulkau. Montag vorm. 10 Uhr Missionar Buß.

ralski in Berent Bekleidungsstücke im Werte von 130 Zł., dem Robert Ebertowski aus Lippusch vom Wagen in der früheren Hundegasse in Berent eine Decke im Werte von 40 Złoty.

d **Gdingen** (Gdynia), 27. November. Eine männliche Leiche, die sehr verstümmelt war, wurde auf den Schienen im Hafen aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Matrosen des deutschen Dampfers „Hertha" handelt, der vom Zuge überfahren worden ist. Ob es sich um einen Unglücksfall oder Selbstmord handelt, konnte nicht festgestellt werden.

Eine blutige Schlägerei entstand wieder in der Seestraße. Mehrere Betrunkene „kämpften" erst in einem Restaurant und dann auf der Straße, wo der Kampf mit Messern und verschiedenen Möbelstücken ausgetragen wurde. Herbeigerufene Polizei machte der Schlägerei ein Ende und verhaftete alle Teilnehmer. Der Arbeiter M. Nazar aus Adlershorst wurde so schwer verletzt, daß sein Zustand hoffnungslos ist.

Der schon mehrere Male vertagte Prozeß gegen eine geriebene Schwindlerbande, die den Hausbesitzer Talik um 800 Dollar betrogen hatte, fand heute seinen Abschluß. Die Verhandlung ergab, daß die vier Angeklagten dem genannten T. das Angebot machten, 800 Dollar für 2400 Złoty zu kaufen. T. händigte ihnen das Geld ein und erhielt in einem Päckchen die Dollar, mit dem er sich zur Bank begab. Hier stellte sich heraus, daß das Päckchen nur Papierstücke enthielt. Die Angeklagten, deren Anführer im Ausland weilt, wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis vier Jahren verurteilt.

Das geheimnisvolle Verschwinden des Schiffsmaschinisten J. Klimaszewski hat sich jetzt geklärt. Klimaszewski war Ende vorigen Monats spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Jetzt bemerkten Hafenarbeiter beim Schwimmdock eine Leiche, die als die des K. indentifiziert wurde, der beim Besteigen des Schiffes ins Wasser gefallen und ertrunken sein dürfte.

ch **Karthaus** (Kartuzy), 27. November. In der letzten Sitzung des Stadtparlaments wurden die Steuerzuschläge für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1936 festgelegt und haben im allgemeinen eine Herabsetzung erfahren.

Am Sonntag wurde in Karthaus die „kaschubische Urne" mit Erde aus den Gemeinden des Kreises gefüllt und einer Delegation zur Überführung für den Marschall-Piłsudski-Hügel in Sowiniec bei Krakau übergeben.

Br **Neustadt** (Wejherowo), 27. November. Die Neustädter Stadtsparkasse hat ihr bisheriges Lokal in der ul. Sobieskiego aufgegeben. Die Kasse befindet sich jetzt im Rathause.

* **Schönsee** (Kowalewo), 27. November. Eine Stadtverordnetensitzung fand kürzlich unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kossek statt. In Sachen des Budgets für das Jahr 1935/36 gelangte ein Schreiben des Kreisausschusses in Briesen mit einigen Verbesserungsvorschlägen zur Verlesung. Der Kreisausschuß hat u. a. von der Summe für die Arbeitslosen 1700 Złoty gestrichen und das Schulbudget von 5800 auf 6300 Złoty erhöht. Die Annahme dieser Verbesserungen wurde einstimmig abgelehnt. Sodann wurde der Ankauf von 40 Zentnern Kohlen für die Kinderbewahranstalt beschlossen. Bürgermeister Kossek verlas hierauf den Beschluß der Stadtverwaltung in Sachen des Baues eines Brunnens für die in den Baracken bei Borki wohnhaften Arbeitslosen. Weil ein Mitglied der Kommission, Ingenieur Maćkowiak, die Ausführung des Brunnens beanstandete, wurde eine neue Kommission gewählt, die den Brunnen nochmals prüfen soll. Eine lebhafte Diskussion rief die Angelegenheit der Erhöhung der Budgetkredite für das Jahr 1935/36 hervor, und zwar die Sache betr. Erhöhung der Position für Dienstreisen von 300 auf 600 Złoty. Der Bürgermeister begründete diese Vorlage mit den im Zusammenhang mit den Sejmwahlen stehenden Dienstreisen. Dieser Zusatzkredit wurde nach stürmischer Debatte abgelehnt. Bezüglich der Hundesteuer wurde beschlossen, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 12. 6. 1935 zu annullieren und die Stadtverwaltung mit der Ausarbeitung eines neuen Statuts zu beauftragen. Im nächsten Punkt wurde Karol Neumann zum dritten Mitglied der Revisionskommission der Stadtsparkasse gewählt. Die wichtigste Angelegenheit der Tagesordnung bildete die Verlesung der Protokolle der Revisionskommission der städtischen Wirtschaft und Schulen, wobei sich der Vizebürgermeister Gorzelniacki der Verlesung des Protokolls Nr. 4 widersetzte. Als jedoch Stadtv. Łabuński trotz des Einspruchs die Protokolle zu verlesen begann, machte Vizebürgermeister Gorzelniacki laute Zwischenrufe. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde dieser Punkt der Tagesordnung für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Flucht eines chinesischen Separatisten-Führers.

Nach einer Meldung aus Peiping ist der Vorsitzende des „autonomen Rates" von Ost-Hopei, General Jinjukeng, der bisher seinen Sitz in Tungtschau hatte, von dort in die entmilitarisierte Zone nach Tangschan geflohen, um der Ausführung des gegen ihn von der Nanking-Regierung erlassenen Haftbefehls zu entgehen.

General Sung, dessen Haltung gegenüber der Autonomiebewegung bisher völlig unklar gewesen ist, hat die ihm von der Nanking-Regierung angebotene Stellung eines „Befriedungskommissars" der Provinzen Hopei und Tschachar angenommen.

Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß der japanische Außenminister Hirota ein Programm für eine chinesisch-japanische Einigung aufgestellt hat, das aus folgenden drei Punkten besteht:

1. Chinesisch-japanische Einheitsfront gegen den Kommunismus,
2. Einstellung der japanfeindlichen Propaganda in ganz China,
3. Zusammenarbeit Chinas und Japans zur Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten.

Peipinger Militärrat aufgelöst.

Zu den Maßnahmen der Nanking-Regierung gegen die Separatistenbewegung wird von anderer Seite noch gemeldet: Das Reichsvollzugsamt der Nanking-Regierung hat die Auflösung des Peipinger Militärrats verfügt und den Kriegsminister Hojingtschin zum Obersten Verwaltungskommissar von Peiping ernannt.

Die Arbeitspartei nimmt ihre Tätigkeit wieder auf.

In Warschauer politischen Kreisen erzählt man sich, daß in der letzten Zeit Bemühungen unternommen worden seien, die Tätigkeit der Arbeitspartei wieder aufzunehmen. An der Organisationsaktion beteiligen sich Senator Evert sowie sein Sohn, der Journalist Władysław, ferner Senator Barański und der Abgeordnete Walewski. Diese Politiker waren die nächsten Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Kościałkowski, als dieser an der Spitze der Arbeitspartei stand. Jetzt spricht man sogar von der Möglichkeit, eine Fraktion der Arbeitspartei in Sejm und Senat zu bilden und ein eigenes Presseorgan dieser Partei herauszugeben.

Unter den früheren Mitgliedern der Arbeitspartei in Warschau werden zu der Aktion des Senators Evert und seiner politischen Freunde große Vorbehalte gemacht, da ein bedeutender Teil der dortigen Organisation dieser Gruppierung den ehemaligen Botschafter Filipowicz unterstützt, der seinerzeit aus der Partei ausgestoßen worden war. Zustimmung dagegen finden diese Bemühungen bei den Vertretern der Staatsverwaltung in der Provinz.

Der Oberste Rat der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) hielt in Warschau eine zweitägige Sitzung ab, die in der Annahme einer Entschließung ihren Abschluß fand. Darin fordern die Versammelten eine vollkommene Amnestie, in erster Linie für die politischen Gefangenen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik sprach sich der Rat gegen Italien und für eine Versöhnung zwischen Polen und der Tschechoslowakei aus.

*

Vor Neuernennungen im polnischen diplomatischen Dienst.

Wie man in Warschauer diplomatischen und politischen Kreisen erfährt, werden demnächst mehrere Posten im diplomatischen Dienst Polens neu besetzt werden. Nachdem der Gesandte in Riga Beczkowicz zum Senator ernannt worden ist und somit nach Warschau zurückkehrt, wird der bisherige polnische Gesandte in Helsingfors Charwat sein Nachfolger werden. Die Gesandschaft in Helsingfors übernimmt Sokolnicki, bisher Botschaftsrat in Moskau. Polnischer Botschafter in Washington soll Graf Potocki werden, anstelle des erkrankten Botschafters Patek. Dadurch würde der Botschafterposten in Ankara frei werden, den der bisherige polnische Gesandte in Brüssel Jackowski übernimmt.

*

Die Serie der antisemitischen Demonstrationen in Polen.

An der Warschauer Maschinenbauschule der Ingenieure Wawelberg und Rotwand kam es zu stürmischen Kundgebungen der christlichen Studenten gegen die jüdischen Hörer, die dazu führten, daß die Schule vorübergehend geschlossen werden mußte. In Posen entstand bei den Beratungen der sogenannten „Allpolnischen Polonistentagung", einer Tagung polnischer Sprachforscher, eine Schlägerei, als in der Hauptversammlung ein Jude das Wort nehmen wollte, wogegen die Mehrheit der anwesenden Delegierten protestierte. Die Sitzung mußte vorzeitig geschlossen werden. In Lemberg zogen Studenten der Technischen Hochschule vor ein jüdisches Restaurant und schlugen die Scheiben ein. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen einige nationaldemokratische Studenten verhaftet wurden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Anmeldungen von Lehrlingen für Gewerbe- und Handelsbetriebe.

Die Industrie- und Handelskammer in Gdingen erinnert erneut an die für alle Gewerbe- und Handelsbetriebe bestehende Verpflichtung, schriftliche Verträge mit Lehrlingen abzuschließen und die Registrierung dieser Verträge bei der Handelskammer vorzunehmen, sofern die Lehrzeit nach dem 15. September 1934 begann.

Nach Artikel 116 des Gewerberechtes können Gewerbe- und Handelsbetriebe Lehrlinge nur auf Grund eines schriftlichen Vertrages beschäftigen, in welchem die Lehrbedingungen in dem Betriebe festgesetzt sind. Verboten ist dabei die entschädigungslose Beschäftigung von Lehrlingen und ebenso die Annahme von irgend welchen Entschädigungen für die Lehrzeit. Der Vertrag muß innerhalb von 4 Wochen vom Tage des Beginns der Lehrzeit geschlossen werden. Der Vertrag muß den Gewerbezweig enthalten in welchem der Lehrling seine Lehrzeit durchmachen soll, ferner die Dauer der Lehrzeit, die gegenseitigen Verpflichtungen und die Bedingungen einer Vertragslösung.

Der Vertrag muß in drei Exemplaren hergestellt werden und muß von beiden Seiten unterzeichnet sein. In vier Exemplaren wird der Vertrag nur dann ausgefertigt, wenn er vor einer Gewerbeorganisation geschlossen wird. Wenn der Lehrling noch nicht 21 Jahre alt ist, muß der Vertrag vom Vater oder vom Vormund mit unterzeichnet werden. Der Arbeitgeber hat die Pflicht, innerhalb von 14 Tagen nach Unterzeichnung den Vertrag an die zuständige Industrie- und Handelskammer zur Registrierung zu übersenden. Wenn der Arbeitgeber Mitglied einer Gewerbeorganisation im Sinne des Gewerberechts ist, so schickt er den Vertrag auch an diese Organisation. Die Gewerbeorganisationen können ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, Lehrlingsverträge vor der Organisation abzuschließen. In einem solchen Falle hat die Organisation die Pflicht, den Vertrag an die Kammer zu senden. Der Arbeitgeber muß innerhalb von 14 Tagen die Kammer von eingetretenen Änderungen in den Bedingungen des Vertrages benachrichtigen.

Die Bestimmungen über den Abschluß und die Registrierung von Lehrlingsverträgen erstrecken sich nur auf Lehrlinge, niemals aber auf Praktikanten, d. h. auf Personen, die ihr theoretisches Fachwissen, das sie in einer Fachschule erlangt haben, in der Praxis ergänzen wollen. Die Handelskammer fügt noch hinzu, daß Lehrlingsverträge innerhalb des Handwerks und Verträge mit solchen Lehrlingen, die ihre Lehrzeit in einem Fabrikbetrieb absolvieren, in der zuständigen Handwerkskammer zu registrieren sind. Die Handelskammer bemerkt, daß die schriftliche Niederlegung eines Vertrages und seine Registrierung in der Kammer im unmittelbaren Interesse sowohl des Betriebes wie auch des Lehrlings steht. Lehrlinge, die auf Grund eines in der Kammer registrierten Vertrages beschäftigt sind, werden nicht zur Gesamtzahl der im Betriebe beschäftigten Arbeiter hinzugezählt, was auf die Kategorie des Gewerbepatentes nicht ohne Einfluß ist.

Die Kammer fordert daher alle Betriebe, die bisher ihrer Pflicht der Registrierung nicht nachgekommen sind, auf, dies bis zum 1. Dezember d. J. zu tun. Nach diesem Termin wird sich die Kammer an die entsprechenden Behörden wenden, um eine Kontrolle durchzuführen. Zuwiderhandelnde werden nach Art. 126 des Gewerberechts mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Złoty und 14 Tagen Haft belegt. In der Handelskammer in Gdingen sind die entsprechenden Formulare zum Abschluß der Lehrlingsverträge zu erhalten.

Um Unklarheiten vorzubeugen, sei hinzugefügt, daß als „Gewerbe" jede Lohnbetätigung oder jeder Betrieb angesehen wird, der selbständig und berufsmäßig ausgeübt bezw. betrieben wird, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Erzeugung, um Verarbeitung oder um Handels- bezw. Diensttätigkeit handelt. Aus diesem Grunde ist ein „Lehrling im Gewerbebetrieb" derjenige, der als Lehrling in einem Gewerbe- oder Handelsbetriebe beschäftigt ist. Die Lehrlingsverträge im Gewerbe beziehen sich sowohl auf Industrie wie auf Handel.

Deutsche Vereinigung.

Versammlungen:

Janowitz. Kameradschaftsabend 4. Dezember, um 7.30 Uhr, im Kaufhaussaal. — Kameradschaftsabend 11. Dezember, um 7.30 Uhr im Kaufhaussaal. — Einjähriges Bestehen der Og. Janowitz 22. Dezember, um 5 Uhr, im Kaufhaussaal. (8319

Briefkasten der Redaktion.

O. J. Toruń. Beide Auskünfte sind richtig und stehen durchaus nicht miteinander im Widerspruch. Bei Mieten, die durch freien Vertrag vereinbart worden sind, kann der 10prozentige Abzug nicht gemacht werden, dagegen unterliegen die Mieten von Wohnungen über 4 Zimmern, die nicht frei vereinbart sind, sondern den gesetzlichen Sätzen entsprechen, — und das ist die Mehrzahl der großen Wohnungen — dem Dekret über die 15 resp. 10prozentige Mietsherabsetzung. Freie Vereinbarung kann auch mündlich getroffen werden.

H. B. W. 1. Nach den Angaben über Ihren Umsatz sind wir nicht in der Lage, festzustellen, ob Ihre Einschätzung zur Umsatzsteuer richtig ist oder nicht. Wenn Sie der Meinung sind, daß Sie überschätzt sind, dann steht Ihnen ja die Berufung an die Finanzkammer zu. 2. Die 31 000 Mk. Restkaufgeld vom Dezbr. 1919 hatten nur einen Wert von 4422 Złoty. Da der Grund und Boden seitdem um etwa die Hälfte im Preise zurückgegangen ist, wird Ihr Verwandter kaum mehr als die Hälfte der Summe, d. h. 2214 Złoty, verlangen können. Es steht ihm frei, bei dem polnischen Gericht, das für das Grundstück zuständig ist, einen Antrag auf Aufwertung zu stellen. Dies empfiehlt sich schon deshalb, damit der Gläubiger erfährt, welche Zinsen er zu beanspruchen hat. Durch die Novelle zum Entschuldungsgesetz vom 30. 9. 35 werden Kapital und Zinsen für die Zeit bis 31. Oktober 1934 bis zum 1. Oktober 1938 gestundet, so daß jetzt nur die Zinsen vom 1. November 1934 ab gefordert werden können.

„Caesar." Der betreffende Vertreter des Erkrankten hat Anspruch nicht auf Überstunden wie Sie schreiben, sondern auf Entlastung, um die Geschäfte des Leiters überhaupt sachgemäß führen zu können. Da er zurzeit Leiter ist, kann er diese Entlastung selbst durch eine entsprechende Arbeitsverteilung durchführen. Da eine Arbeitskraft fehlt, wird die Entlastung zwar nicht so gestaltet werden können, wie sie dem Leiter zukommt, aber doch annähernd so. Eine finanzielle Entschädigung für Überstunden kommt nicht in Frage; eine solche ist gesetzlich nur in Gewerbe- und Handelsbetrieben vorgesehen.

„Alter Abonnent." Da der Käufer den Vertrag nicht eingehalten hat und beide Raten fällig sind, können Sie ihn auf sofortige Zahlung der ganzen Restsumme verklagen. Oder Sie können ihm Stundung gewähren gegen Erhöhung des Zinsfußes. Was praktischer ist, müssen Sie besser wissen als wir, die wir den Schuldner und seine Sicherheit nicht kennen. Wenn der Käufer keine weiteren Vermögensobjekte besitzt, dann scheint eine rasche Beitreibung, bevor der von Ihnen gekaufte Gegenstand durch den Gebrauch im Werte vermindert wird, zweckmäßiger.

„Landwirt." 1. Die Kündigung war verspätet, und Sie brauchten Sie nicht anzuerkennen. Sie können Gehaltszahlung für den Januar 1935 nachfordern.

W. N. Orłowo. Wenn es sich um eine staatliche oder kommunale Pension handelt, so hat sie die betreffende Witwe zu beanspruchen, wo sie auch wohnt.

P. 1. Wenn die Schuld eine landwirtschaftliche ist, unterliegt sie dem Entschuldungsgesetz. Landwirtschaftliche Schuld im Sinne des genannten Gesetzes ist diejenige Schuld des Besitzers einer Landwirtschaft, die in Beziehung steht zu dem Erwerb einer solchen Wirtschaft, zu der Verfügung darüber oder zu ihrer Führung. Außerdem wird vermutet, daß jede Schuld, die den Besitzer einer Landwirtschaft belastet, dessen Hauptberuf die Führung dieser Landwirtschaft ist, eine landwirtschaftliche Schuld ist. Aus dieser Definition des Begriffs „landwirtschaftliche Schuld", die das Gesetz gibt, ist ersichtlich, daß eine Schuld eine landwirtschaftliche sein kann, auch wenn der Besitzer einer Landwirtschaft nicht im Hauptberuf diese Wirtschaft führt. Nur in Zweifelsfällen wird nach dem Gesetz vermutet, daß die Schuld eine landwirtschaftliche ist, wenn der Besitzer der Landwirtschaft diese im Hauptberuf leitet. 2. Die Schuldentilgung in Raten tritt ohne Antrag von Schuldner oder Gläubiger kraft Gesetzes, d. h. automatisch ein, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind; d. h., wenn die Schuld vor dem 1. Juli 1932 entstanden ist, und wenn sie vor dem 1. April 1935 fällig war. Alle Zweifel über diese Fragen, und zwar auch über die Frage, ob die Schuld eine landwirtschaftliche ist, entscheidet das Schiedsamt. Der Termin für diese Art der Schuldentilgung (in 28 Halbjahresraten) kann nicht Ende Dezember 1935 ablaufen, denn dann hätte die Bestimmung über die Ratenverteilung keinen Sinn. Das Moratorium bis 1. 10. 1938 hat mit der Ratentilgung keinen Zusammenhang. Nach Art. 43 a. a. O. kann aber ein landwirtschaftlicher Schuldner der Gruppe A eine solche Schuld innerhalb von 3 Jahren, d. h. bis 24. Oktober 1937, ganz oder teilweise in der Weise abzahlen, daß ihm für jede Barzahlung 150 Prozent der bezahlten Summe als bezahlt angerechnet werden. D. h., wenn er zwei Drittel der Schuldsumme abzahlt, hat er sie ganz bezahlt. 3. Die Stempelgebühr für Quittungen beträgt 25 Groschen ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages.

Nr. 1907 W. Alle Lebensmittel, die nach Deutschland gesandt werden, sind zollpflichtig, einige davon unterliegen besonderen Bestimmungen. Zum Beispiel darf Wurst nicht eingeführt werden. Ebenso wenig darf Fleisch in Postpaketen eingeführt werden. Geflügel darf gerupft und ausgenommen eingeführt werden, Zollsatz 1,25 Mark pro Kilo. Gepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch darf in Postsendungen bis 10 Kilo, wenn es für den Selbstverbrauch des Empfängers bestimmt ist, eingeführt werden. Dagegen ist für Eier und Butter ein Übernahmeschein des deutschen Ernährungsministers erforderlich.

N. Sch. 100. 1. Sie können bei der Rückreise aus Deutschland nur soviel Geld und in derselben Valuta über die Grenze nehmen, wie viel und in welcher Valuta sie es eingebracht haben. 2. Sie können doch die Behauptungen Ihres Vertragspartners auf die einfachste Weise entkräften, wenn Sie den Kaufvertrag vorweisen. Denn ein Haus kann man doch nicht ohne notariellen Vertrag kaufen. 3. Beim Kaufen von fremder Valuta in Deutschland müssen Sie sich ausweisen.

X. Y. Z. Wir halten weitere Bemühungen in Ihrer Rentensache für aussichtslos, denn alles hängt ab von dem Gutachten der Ärzte, die bereits gesprochen haben. Auch von Bemühungen, in Deutschland besseres Gehör zu finden, versprechen wir uns nichts.

Konflikt England — Frankreich.

In einem längeren Artikel behandelt der Pariser Korrespondent des **„Kurjer Warszawski“** die Frage, aus welchem Grunde England Laval bekämpft und zeichnet auf Grund einer im „Paris Midi“ erschienenen Londoner Korrespondenz, die die Überschrift trägt „Internationale Entspannung oder diplomatische Manöver“ zur Klärung dieser Frage folgendes Bild:

Jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß der italienisch-abessinische Konflikt England und Frankreich entzweit hat, und daß große Meinungsverschiedenheiten zwischen der Außenpolitik des Quai d'Orsay und dem Foreign Office bestehen. Es ist beinahe natürlich, daß dieser Kampf, der auf dem Gebiet der internationalen Politik ausgetragen wird, die Strömungen widerspiegelt, die bei der englischen und französischen Volksgemeinschaft bestehen. **Bei der Verteidigung Italiens, richtiger gesagt: bei der Verteidigung Mussolinis und des Faszismus, hat Laval zweifellos alle Gruppen der französischen Volksmeinung hinter sich.** Und wenngleich die französische Rechte übertreibt, wenn sie verkündet, daß es ihr vor allem um den Frieden, um den Frieden um jeden Preis geht (diese Losung war bisher das Monopol der Linken), während sie in Wirklichkeit um jeden Preis Mussolini und zusammen mit ihm den italienischen Faszismus retten will, — ist die Linke durchaus nicht unbefriedigt, daß Laval aufs sorgfältigste Schritte vermeidet, die in der Folge zu bewaffneten Kämpfen in Europa führen könnten.

Geradezu entgegengesetzte Ideen vertritt die englische Meinung, die durch den Mund von Baldwin, Hoare und anderen maßgebenden Faktoren des öfteren ihren **faszistischen gegnerischen und diktatorfeindlichen Gefühlen Ausdruck verliehen hat.** Analoge Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen Paris und London über die Einstellung ihrer Politik dem Völkerbund gegenüber. „Dieser letztere gewann in den Augen der englischen Meinung nicht allein eine mystische Gloriole, sondern er wurde geradezu eine Religion“, erklärte nach seiner Rückkehr aus London Alfred Fabre de Luce, der Chefredakteur der Wochenschrift „Europe Nouvelle“. In Paris ist der Völkerbund in den breiten Schichten der Meinung der Rechtskreise ein Kriegswerkzeug geworden, ein Instrument in den Händen des großbritischen Imperialismus. Abgesehen von der strittigen Frage, ob Laval der französischen Meinung die italienfreundliche Strömung, sowie den antipathischen Standpunkt gegenüber den Sanktionen und Genf aufzwingt oder umgekehrt, — läßt sich Laval von den Strömen des Volkes tragen, das ihn zwingt, Mussolini zu schonen und sich der allzu radikalen Politik Englands entgegenzustellen. Dazu ist zu erwähnen, daß Publizisten wie der Redakteur de Kerillis vom „Echo de Paris“ Laval dieselben politischen Losungen zuschreibt, die sie selbst aufgestellt haben: **„Die Volksfront, so heißt es in einem Artikel von Kerillis, begann wie die Fama kündet, zu funktionieren nicht nach den Ereignissen des 6. Februar sondern erst in dem Augenblick, als sich Laval der allzu engen Verständigung mit Moskau ausdrücklich widersetzt und zu verstehen gegeben hat, daß er eine Verständigung mit Berlin vorziehe.** Aus diesen Worten würde hervorgehen, **daß Moskau nicht ohne Grund Laval beschuldigt, er ziehe Deutschland der Sowjetunion vor, während die englischen Blätter dem französischen Ministerpräsidenten unterstellen, daß er lieber ein autoritäres Italien als ein demokratisches England haben möchte.** Man darf sich also nicht wundern, wenn die amtliche englische Presse, wie eine in einem großem Pariser Tageblatt veröffentlichte Londoner Korrespondenz sagt, ohne Bedauern den Sturz Lavals zur Kenntnis nehmen würde, einen Sturz den sich die englische Meinung ebenso rasch wünscht wie den Sturz Mussolinis, **und dies um so mehr als der Sturz Lavals zweifellos auch den Sturz Mussolinis zur Folge haben würde.**

Dies ist der Schlüssel des Rätsels, weshalb zwischen dem Foreign Office und dem Quai d'Orsay ein stummer unterirdischer Kampf ausgefochten wird: England wünscht den Sturz Mussolinis und schmiedet zu diesem Zweck so harte Kampfwerkzeuge, wie die Ausdehnung der Sanktionen auf Petroleum und Kohle, was unvermeidlich zur Bockade der italienischen Häfen, also wahrscheinlich auch zum Kriege führen würde. Laval möchte im Gegenteil einen Sturz Mussolinis vermeiden und macht übermenschliche Anstrengungen, um radikale Maßnahmen, wie ein Embargo auf Kohle, Petroleum und Stahl nicht zuzulassen. Im Kampf mit Mussolini der den Mut hatte, England im ägyptischen Grenzgebiet zu bedrohen, geht England das Risiko eines Krieges ein, wobei es sich hinter der Autorität des Völkerbundes versteckt. **Laval wünscht, daß England von dem gefährlichen Wege abgehen und Italien nicht in die Arme Deutschlands und in eine Revolution gegen Europa treiben möchte.**

Anscheinend haben sich die Chancen des Sieges vorläufig auf die Seite Lavals geneigt: Das Achtzehner-Komitee, das für den 29. d. M. nach Genf zur Beschließung der Petroleum-Sanktionen einberufen worden war, hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Ja, noch mehr: Der italienisch-abessinische Konflikt entwickelt sich in einer Atmosphäre, die seit einigen Tagen eher heiter zu sein scheint. Wir erfahren noch im letzten Augenblick aus sehr guter Quelle, **daß während der am Sonnabend abgehaltenen Konferenz bei Mussolini der Britische Botschafter Sir Erik Drummond dem Duce ein eigenhändiges Schreiben Baldwins eingehändigt hat, das die Bedingungen für die Friedensverhandlungen enthält, unter denen England gern Mussolini zu Hilfe kommen möchte. Mussolini hat diesen Vorschlag Baldwins entgegen dem bisherigen Brauch nicht abgelehnt.** Vielleicht wartet England aber auch nur auf den Beginn der parlamentarischen Arbeiten in Paris, in der Hoffnung, daß es bald mit einem neuen französischen Ministerpräsidenten zu tun haben wird, der den Sanktionen weniger Widerstand entgegenbringt, und der bereit ist, mit dem Völkerbund und gegen Mussolini zu gehen.

Mussolini gibt seine Bedingungen nicht bekannt.

Wie man aus gut unterrichteter Londoner Quelle hört, hat Mussolini die Bitte Baldwins um Formulierung seiner Friedensbedingungen, die der englische Ministerpräsident in dem von Sir Eric Drummond dem italienischen Regierungschef überreichten persönlichen Schreiben ausgesprochen hat, rundweg abgelehnt.

Die dadurch entstandene Lage werde jetzt in London als äußerst ernst angesehen, und man sei nunmehr entschlossen, auch durch ernsthafte Maßnahmen dem Standpunkt Englands Nachdruck zu verleihen. Das soll sich zunächst vor allem auf Öl- und Benzin-Embargo beziehen, durch das die italienische Kriegsführung in kürzester Zeit stillgelegt werden würde. Man nimmt in maßgebenden politischen Kreisen an, daß Amerika sich bis zum 9. Dezember diesen Maßnahmen anschließen werde. Dasselbe gilt nach heutigen Presseberichten von Italiens Hauptöllieferanten Rumänien und Sowjetrußland.

Polen und Frankreich.

„Sie lieben sich, verstehen sich aber nicht immer.“

Einer der einflußreichsten französischen Politiker der Gegenwart, **Senator de Monzie,** der gegenwärtig **in Warschau** weilt, um, wie er selbst sagte, die Möglichkeit zu haben, die Ansicht Polens über verschiedene Probleme kennen zu lernen, welche die öffentliche Meinung ganz Mitteleuropas interessieren, hat dem „Ilustowany Kurjer Codzienny“ eine Unterredung gewährt, wobei er vorausschickte, daß er keine andere Mission zu erfüllen habe als diejenige, die seine Freundschaft zu Polen seiner Neugierde diktiert hat.

Senator de Monzie erinnerte an seinen Warschauer Aufenthalt im Jahre 1932, als er nach einem Besuch Sowjetrußlands die Ansicht des Marschalls Pilsudski über die französisch-sowjetrussische Annäherung kennen lernen wollte, deren Fürsprecher er gewesen sei. Er ging dann auf die sogenannte Gefahr ein, die nach polnischer Ansicht mit einem sehr nahen Anschluß Frankreichs an Sowjetrußland verbunden sei und meinte, daß diese polnische Denkungsart Frankreich sehr beunruhige. „Wir haben“, so sagte er, „auf diesem Gebiet gesondert gearbeitet, und es scheint mir, man habe von polnischer Seite nicht in Betracht gezogen, daß hier eine gemeinsame Arbeit durchaus angezeigt wäre.“ (Diese Bemerkung ist ein unverschämter Hohn. Bei der erwähnten Annäherung hat doch Frankreich gehandelt, ohne auf seinen Bundesgenossen an der Weichsel auch nur die bescheidenste Rücksicht zu nehmen! D. R.)

„Wenn“, so fährt der französische Gast fort, „eine Freundschaft besteht, so ist die Notwendigkeit einer gegenseitigen Verständigung unumgänglich.

Frankreich und Polen lieben sich auch weiterhin, darüber bestehen auch nicht die geringsten Zweifel; weniger sicher aber ist es, ob sie sich gegenseitig gut verstehen.

Auf die gegenwärtige internationale Lage und die Politik Frankreichs auf diesem Gebiet besonders, auf seine neue Einstellung zu den Nachbarn Polens in Ost und West eingehend, sagte de Monzie u. a. folgendes:

„In diesem Augenblick fürchte ich keinen Kriegsausbruch in der nächsten Zeit. Ich nehme an, **daß spitzfindigere** Methoden angewandt werden, um sich **vor Auswüchsen** zu schützen, die der europäischen Ordnung **und dem** europäischen Gleichgewicht schaden könnten. **Was uns anbelangt,** so sind wir in Alarmbereitschaft, ebenso wie es Rußland aus denselben Gründen und für dieselben Ziele ist. Diesem Umstand ist auch das Bündnis zu verdanken, das in der Vorsicht vor Deutschland seinen Ausdruck findet. Sie beschränkt sich aber nicht auf unsere Grenzen, sondern bezieht sich auf alle Grenzen Mitteleuropas. Am vergangenen Dienstag habe ich in Bukarest das System der Idee klargelegt, die uns mit Rußland verbindet, und ich habe keinen Grund, hieraus in Warschau ein Geheimnis zu machen.“

Unangenehm überrascht war dagegen de Monzie, als er von dem Korrespondenten des Krakauer Blattes über die gegenwärtige innere Lage Frankreichs befragt wurde. Anfangs wollte er davon überhaupt nicht sprechen. Endlich aber erklärte er in einem offenbar gereizten Ton: „Unsere inneren Verhältnisse werden sich unverzüglich ausgleichen, wenn auch nur die geringsten äußeren Schwierigkeiten eintreten sollten.

Fürchtet euch nicht um uns, wie [illegible] euch fürchten!

Wenn sich jemand einbildet, daß er auf diese oder jene Art Grund hat, um uns zu bedauern, so irrt er sich stark. Man braucht sich nur zu erinnern, was man über uns im Jahre 1914 geschrieben hat. Dies dürfte genügen, daß man in den Urteilen über uns den größten Optimismus bewahrt.

Die Stimme eines französischen Parlamentariers.

Der augenblicklich ebenfalls in Warschau weilende französische Parlamentarier **Gaston Martin,** der der radikal-sozialistischen Partei angehört, bestätigte auf die Frage des Korrespondenten ebenfalls, daß unabhängig von den inneren Reibungen, die im Leben eines jeden Volkes verständlich sind, fast eine vollkommene Einmütigkeit in den Ansichten über die Außenpolitik des Landes herrsche, deren Grundsätze darin bestehen, an den errungenen Freundschaften festzuhalten, sie zu festigen und ihre Reichweite zu erweitern und schließlich neue Freundschaften zu suchen, um nur noch wirksamer an der Erhaltung des Weltfriedens zusammenarbeiten zu können. Besonders wichtig scheine ihm die Arbeit in der Richtung der ständigen Festigung der polnisch-französischen Freundschaft, die sich auf allzu tiefe Fundamente stütze, als daß sie durch vorübergehende und oberflächliche Meinungsverschiedenheiten erschüttert werden könnte.

---

2. interne Deutsche Skimeisterschaften von Polen.

Am 18. und 19. Januar 1936 werden die 2. internen deutschen Skimeisterschaften von Polen in den Beskiden ausgetragen. Der Austragungsort wird wieder Szczyrk sein. Um einen Massenstart wie im Vorjahr zu vermeiden, werden die Kämpfe für die Jugend am 5. Januar stattfinden. Zu den drei Kampfarten: Langlauf, Abfahrtslauf und Slalomlauf tritt in diesem Jahr auch der Sprunglauf, der am 2. Februar ausgetragen wird. Die deutsche Meisterschaft selbst wird wieder wie im Vorjahr in der Dreierkombination Langlauf, Abfahrtslauf und Slalomlauf ausgetragen werden. Als Kampfbahnen kommen folgende Orte in Frage:

Langlauf: Der Teil von Szczyrk und Salmopol, bei schlechten Schneeverhältnissen der Kamm des Klimczoks. Länge der Strecke 15 Kilometer.

Abfahrtslauf: Die Strecke vom kl. Skrzyczne wie im Vorjahr oder die neue Standardstrecke vom Klimczok.

Slalomlauf: Der Beskidhang in Szczyrk.

Sprunglauf: Die Schanze auf dem Klimczok.

Die Kämpfe, die im Vorjahr trotz der kurzen Vorbereitungszeit und des ungemein schlechten Wetters ein voller Erfolg waren, dürften in diesem Jahr noch bedeutungsvoller werden. Die Austragung liegt in den Händen des Schlesischen Winter-Sportvereins.

Andrew Carnegie.

„Ein Millionär, der arm sterben wollte . . .“

In England und vor allem in Amerika hat man am 25. November den hundertsten Geburtstag des bekannten Dollarmillionärs und Gründers wohltätiger Stiftungen, Andrew Carnegie, festlich begangen. Carnegie wurde in Schottland am 25. November 1835 geboren und starb 1919 in Stockbridge (Massachusetts).

Arm sterben, das hatte sich Andrew Carnegie, der Besitzer eines Vermögens von vielen hundert Millionen Pfund, zum Ziel gesetzt. Er hat sich auch redlich bemüht, dieses Ziel zu erreichen; aber es ist ihm nicht gelungen; ein paar Millionen blieben doch übrig, als er die Augen schloß.

In einer kleinen Hütte zu Dunfermline in Schottland fand sich an seinem hundertsten Geburtstag eine festliche Gesellschaft zusammen, um das Andenken des Mannes in allen Ehren zu begehen, dessen großartige wohltätige Stiftungen und Anlagen auf etwa 157 Millionen Pfund bewertet wurden. Die kleine Hütte in Dunfermline ist das Geburtshaus Carnegies. Vater und Mutter betrieben hier eine kleine Weberei, in der auch Andrew mit seinen bescheidenen Kräften helfen mußte. Als die Not der Weber in England höher und höher stieg, als trotz aller Arbeit kaum so viel verdient wurde, um das nötige Brot herbeizuschaffen, entschloß sich die kleine Familie zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, wo damals für die Baumwollweberei günstige Zeiten in Aussicht standen. Das war im Jahre 1848. Die Familie zog nach Pittsburg, wo sich genügend Erwerbsmöglichkeiten zu bieten schienen, und Andrew durfte dabei die Hände nicht in den Schoß legen. Er erhielt eine Stellung als Laufbursche und zeigte sich so anstellig und gewandt, daß man ihn bald auch als Telegraphenboten verwandte. Daneben lernte er das Morsealphabet und die technische Beherrschung des gerade in Aufnahme gekommenen elektrischen Telegraphen. Bei der Pennsylvania-Eisenbahngesellschaft hatte er bald einen Freund und Fürsprecher gefunden, den damals allmächtigen Oberintendanten Thomas A. Scott. Dieser erkannte die technische und vor allem die geschäftliche Gewandtheit des 19jährigen Andrew Carnegie, machte ihn zum Telegraphisten und witterte in ihm das spekulative Genie, als das er sich ja auch später so großartig bewähren sollte. Eisenbahn und Telegraphie hielten zu jener Zeit ihren Siegeszug durch die Vereinigten Staaten. Das Geld lag sozusagen auf der Straße, wenn die Augen scharf genug waren, es zu sehen, und Andrew Carnegie hatte schon einen Blick dafür.

Ein gewandter Ingenieur hatte gerade den Schlafwagen erfunden, eine damals in Amerika sehr begehrte Einrichtung, denn man mußte oft tagelang auf der Bahn zubringen. Carnegie sicherte sich die Lizenz, zog die Sache großartig auf und brachte mit seinem Freunde Scott die ersten Wagen in den Handel. Das sollte der Grundstock zu seinem Vermögen sein. Dann legte er sich auf Ölbohrungen, gründete eine Gesellschaft zu diesem Zweck und ein ähnliches Unternehmen zum Bau von Eisenbahnbrücken. So entstand die Carnegie-Steel-Company auf New Jersey, die als Hauptgesellschaft des großen amerikanischen Stahlstrusts galt. Carnegie hat ähnlich wie Morgan sein Vermögen während des Bürgerkrieges durch Kriegslieferung unausgesetzt vergrößert. Er war wie die meisten amerikanischen Trustmagnaten ein Spekulant ersten Ranges geworden. Bereits beim Übergang in den Stahltrust besaßen die Carnegie-Werke 160 Millionen Dollar und ebensoviel Obligationen, von denen Carnegie je etwas über die Hälfte gehörten.

Carnegie kam, wie erwähnt, aus ärmlichsten und kleinlichsten Verhältnissen. Und trotz seiner waghalsigen, wenn auch geschickten Unternehmungen, die fast immer auf Ausbeutung fremder Erfindungen beruhten, mag sich zuweilen das Gewissen bei ihm gerührt haben. Wenigstens von dem Augenblick an, als ihm zum Bewußtsein kam, daß er die riesigen in seinen Depots aufgespeicherten Geldmengen während seines Lebens doch nicht erschöpfen könnte. Zum Verschwender war er der Natur nach nicht geeignet, also machte er sich eine eigene Morallehre zurecht, die etwa darin gipfelte, daß große Vermögen, die durch Gemeinschaftsarbeit geschaffen worden sind, wieder, wenn auch in anderer Form, der Allgemeinheit zurückgegeben werden müssen.

Als er diesen Entschluß faßte, war er natürlich kein junger Mann mehr. Er ließ überall verbreiten, daß es sein einziges Ziel sei, arm zu sterben. Und nun machte er großartige Stiftungen, z. T. wissenschaftlicher, z. T. künstlerischer Art. Er gründete Museen und Musikinstitute, errichtete Kliniken, gab das Gründungskapital für Wohlfahrtseinrichtungen der verschiedensten Art, schuf Landheime für Mutter und Kind, ließ Sportplätze anlegen. Und da alles das noch nicht genügte, sein Vermögen, das ja immer neuen Zuwachs erfuhr, zu verringern, kam er auf die seltsamsten Ideen. Er schuf Einrichtungen zur kulturellen und wirtschaftlichen Erziehung für die aussterbenden Maoris, der Eingeborenen auf Neuseeland, ließ kostspielige Kataloge über Ausgrabungen und Forschungen anlegen und machte Stiftungen für Lebensretter und ihre Nachkommen.

Als Carnegie 75 Jahre alt war, hatte er 60 Millionen Pfund auf diese Weise ausgegeben. 30 Millionen waren noch übrig. Davon gelang es ihm, bis zu seinem Tode noch 25 Millionen anzubringen; aber als er starb, waren noch immer 5 Millionen Pfund übrig. Also hat das Riesenvermögen des großen Industriellen und Spekulanten einen ganz besonderen Nutzen gebracht. Aus Anlaß der bevorstehenden Feierlichkeiten soll in Amerika ein Jubiläumswerk erscheinen, in dem von A bis Z die Geschichte der Carnegie-Stiftungen in der ganzen Welt aufgezeichnet ist.

M.-P.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Ringen mit den Kartellen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 26. d. M. fand im Industrie- und Handelsministerium eine Konferenz der Vertreter der Regierungsbehörden mit den Delegierten der Rohstoff-Kartelle statt. **Im allgemeinen stießen die Vorschläge der Regierung auf einen ziemlich starken Widerstand mancher Kartelle. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen mit den Kohlenindustriellen. Die Regierung schlug eine Senkung der Preise von Heizkohle um 15 Prozent loko Bergwerk, von geringeren Sorten um 7 Prozent loko Bergwerk vor. Die Industriellen sollen ihrerseits erklärt haben, daß sie die Auflösung des Kartells vorzögen. Eine Verständigung ist nicht erzielt worden.**

Verheißungsvoller gestalten sich die Verhandlungen mit dem Naphthakartell. Wahrscheinlich wird es gelingen, den Naphthapreis um 10 Prozent, und für manche Gebiete, wie das Wilnaer Land, Wolhynien, Polesien und das östliche Kleinpolen noch mehr zu senken.

Gleichzeitig gehen die Arbeiten der Kommission für Kartellangelegenheiten dahin, den **Zuckerpreis** zu senken. Die Anträge bezüglich der Reform der Zuckerpolitik sind von dieser Kommission bereits ausgearbeitet. Referent dieser Angelegenheiten ist der ehemalige Minister für Agrarreformen, Prof. Witold Staniewicz. Wie erwartet wird, soll der Zuckerpreis um 20—25 **Prozent** am Kg. im Detailhandel gesenkt werden, wobei die Kosten der Preissenkung zu tragen haben werden: die Rübenplantatoren 2,5 Groschen am Kg., die Eisenbahn durchschnittlich 3 Gr., die Zuckerfabrikanten ca. 10 Gr. und schließlich der Staatsschatz möglicherweise 5 Gr., und zwar durch Senkung der Akzise.

Zur Erweiterung der staatlichen Kontrolle über die Kartelle wird an einer **Novellisierung des Kartellgesetzes von 1931** gearbeitet, und zwar in der Richtung, daß die Kartelle zu einem **Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik und der von dieser Politik dirigierten Preisgestaltung** gemacht werden. Eine besondere Aufmerksamkeit wird den Administrationsausgaben, den Gehältern, Tantiemen, Subventionen u. dgl. zugewandt werden.

Nach erfolgter Preissenkung der grundlegenden Rohstoffe werden Konferenzen mit den Vertretern der Kartelle beginnen, welche mechanische, elektrotechnische u. a. Fabriken umfassen.

Von den Monopolartikeln kommt vorderhand nur **die Senkung des Salzpreises** in Betracht, und zwar derart, daß der Salzpreis für das Land erheblicher gesenkt werden wird, als für die Städte.

Eine Preisverminderung **des Spiritus und der Schnäpse ist nicht vorgesehen,** wenigstens nicht in der nächsten Zeit. Dasselbe gilt vom **Tabak.** Auch der **Zündholzpreis** muß unverändert beiben, weil er durch die dem Zündholzmonopol erteilte Konzession garantiert ist.

Alle diese Arbeiten sollen bis zum 1. Januar 1936 beendet sein.

Veränderungen bei den Aktiengesellschaften in Polen.

In den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1935 wurden in Polen 16 neue Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 8 Mill. Złoty gegründet. In diesem Zeitraum haben 23 der in Polen bestehenden Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital im Wege der Herausgabe neuer Aktien um 42,7 Mill. Złoty vergrößert, während 6 Aktiengesellschaften ihr Kapital um 39,9 Mill. Złoty verringerten. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden 14 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 5,8 Mill. Złoty neugegründet, 15 Aktiengesellschaften haben ihr Kapital um zusammen 13,5 Mill. Złoty erhöht und 13 Aktiengesellschaften ihr Kapital um zusammen 36 Mill. Złoty herabgesetzt.

Industrielle Erzeugung in Polen im Oktober.

Wie aus den Berechnungen des Polnischen Konjunkturforschungsinstituts hervorgeht, ist die Kennziffer für die industrielle Erzeugung im Oktober von 69,0 auf 68,5 zurückgegangen, also um nicht ganz 1 Prozent. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Beendigung der Arbeiten in der Holzindustrie sowie auf die Verminderung der Erzeugung in der Textilindustrie, die im September besonders groß war, zurückzuführen. Eine Aufwärtsbewegung in der Erzeugung war jedoch in den mit dem Baugewerbe in Verbindung stehenden Industrien zu verzeichnen, so vor allem in der Industrie der Steine und Erden und in der Metallwarenindustrie. Die Kennziffer für den Oktober war um 9 Prozent höher als der Monatsdurchschnitt des Jahres 1934 und um 6,5 Prozent höher als im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1935.

Gemeinsamer Papierholzeinkauf der sächsischen Papierfabriken in Polen?

In Wilna wird die Nachricht verbreitet, daß alle sächsischen Papier- und Cellulosefabriken ein Papiereinkaufssyndikat gebildet haben, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Papierholzpreise möglichst auf dem vorjährigen Niveau zu halten. Das Syndikat soll bereits in Warschau eine Vertretung in Form einer G. m. b. H. errichtet haben. Diese Nachricht hat in Wilnaer Produzentenkreisen Beunruhigung ausgelöst, um so mehr, als gleichzeitig bekannt wurde, daß die Warschauer Vertretung des Syndikats bereits mit der polnischen Papierfabrik Steinhagen & Saenger in Verhandlungen getreten sei, um sich mit dieser über die Einkaufspreise zu verständigen.

Die Papierholzvorräte sind in Wilna augenblicklich erheblich niedriger, als im Vorjahr. Sie sind auch, wie es heißt, in finanziell starken Händen. Abschlüsse um jeden Preis und unter jeder Bedingung dürften daher wahrscheinlich nicht zu erwarten sein, um so mehr als man die Aussichten am Papierholzmarkt nach der internationalen Holzkonferenz in Prag günstig beurteilt. Außerdem hat die feste Tendenz für Papierholz in der Sowjetunion und in Finnland einen gewissen Eindruck gemacht. Die Wilnaer Holzproduzenten warten mit gespanntem Interesse, wie sich das Vorgehen der sächsischen Papierfabriken auch im Hinblick auf das Verhältnis zu dem polnischen Papierkonzern Steinhagen & Saenger auswirken werde.

Firmennachrichten.

v **Putzig** (Puck). Zwangsversteigerung des in Putzig, ul. Nowa, belegenen und im Grundbuch Putzig, Band XXIII, Blatt 576, auf den Namen der Augustyna und Bronisława Krukowski eingetragenen Grundstücks (einstöckigen Wohnhaus), am 9. Januar 1936, 10 Uhr, im Burggericht. Schätzungspreis 14 724 Złoty.

Das deutsche Volkseinkommen.

Von Professor Dr. Fritz Zadow-Berlin.

Berechnungen des Volkseinkommens sind mit großen technischen Schwierigkeiten verbunden. Als gangbarster Weg erscheint der des Zusammenzählens der Einkommen aller Volksgenossen auf Grund der Einkommensteuerstatistiken. Aber auch hier treten Zweifelsfragen auf, vor allem die, wie das „abgeleitete" Einkommen erfaßt wird. Ein abgeleitetes Einkommen liegt z. B. vor, wenn Hausangestellte beschäftigt werden, deren Lohn aus dem Einkommen des Arbeitgebers bezahlt wird, wobei zu den Kosten ja nicht nur der Lohn, sondern auch die freie Verpflegung und Wohnung zu rechnen sind. Ebenso liegt abgeleitetes Einkommen vor, wenn Private Handwerker beschäftigen oder andere Dienstleistungen aus ihrem Einkommen bezahlen, wie die Rechnungen der Ärzte, Zahnärzte, Schneiderin und so weiter.

In der Wissenschaft wird mit diesem Begriff kaum gearbeitet; man verfolgt vielmehr den Ablauf der Wirtschaft von Jahr zu Jahr z. B. nicht an Hand der Zahlen über das Volkseinkommen, sondern an der Produktion der wichtigsten Güter, die man einheitlich auf eine Produktionsrichtzahl umrechnet. Wenn aber einige Volkswirtschaftler in Anbetracht der technischen Schwierigkeiten auf den Begriff des Volkseinkommens und seine größenordnungsmäßige Erfassung überhaupt verzichten wollen, so geht das zu weit. Schätzungen des Volkseinkommens (kritisch beurteilt!), seine Verteilung, Zahl der Beschäftigten und Preisrichtzahlen geben einen Anhaltspunkt für die Beurteilung des Standes einer Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung. Das Statistische Reichsamt arbeitet mit einem gewissen Erfolg an der Beseitigung der Fehlerquellen und ist vor allem bestrebt, die einzelnen Zahlen mit einander vergleichbar zu machen, indem z. B. die Wertschwankungen des Geldes, die durch den Krieg hervorgerufenen Gebietsänderungen, die Wandlungen im Aufbau der Bevölkerung u. a. berücksichtigt werden, um dann das Durchschnittseinkommen einer sogenannten Vollperson zu berechnen

Die vom Statistischen Reichsamt laufend veröffentlichten Vierteljahreszahlen über das Arbeitseinkommen ließen bereits darauf schließen, daß auch das Volkseinkommen als Ganzes im Jahre 1934 erstmals wieder in starkem Ansteigen begriffen war. Die vor kurzem in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichten vorläufigen Berechnungen haben diese Erwartung bestätigt und ergeben.

. daß die Summe des deutschen Volkseinkommens von 45,3 Milliarden Mark im Jahre 1932 auf 46,5 in 1933 und 52,4 im Jahre 1934 gestiegen ist.

Während 1933, also im ersten Jahre der Wirtschaftsbelebung, die Zunahme von Beschäftigung, Produktion und Umsatz sich erst in bescheidenem Umfange in einer Vermehrung des Einkommens äußerte, brachte das zweite Jahr auch hier einen vollen Erfolg. Es erscheint bemerkenswert, daß diese Zunahme im Verhältnis genau so groß war wie die des Jahres 1927 gegenüber 1926. Der wirtschaftliche Aufstieg hat also in beiden Fällen die gleiche Einkommensvermehrung gebracht; aber damals entsprang er überwiegend der Privatinitiative, während diesmal das planmäßige Handeln der Reichsregierung den Umschwung herbeiführte und den wirtschaftlichen Aufstieg bestimmte. Hinzu kommt, daß — im Gegensatz zu den Zeiten des scheinbaren Wirtschaftsanstiegs der Nachkriegszeit — das Realeinkommen für 1934 ungefähr dem Nominaleinkommen entspricht; denn es ist gelungen, die Preise im wesentlichen zu halten, während der Konjunkturanstieg der früheren Periode meist von Preissteigerungen begleitet war, die das Ergebnis des Nominaleinkommens wesentlich minderten.

Zugleich mit der allgemeinen Einkommensvermehrung hat sich eine

Umschichtung in der Einkommensverteilung

ergeben, für deren Verlauf die allgemeinen Zielsetzungen maßgeblich sind, die den Neubau des Deutschen Reiches leiten. So entspricht es einer gewollten Zielsetzung unserer Politik, daß das Bauerneinkommen in den letzten zwei Jahren wesentlich gestiegen ist. Damit gewinnt die Landwirtschaft an Bedeutung als Arbeitgeber und als Auftraggeber für Industrie und Handwerk. Auch wird es ihr dadurch ermöglicht, in stärkerem Maße als Verbraucher und als Sparer aufzutreten. Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, das 1932 im Rahmen des Volkseinkommens nur den bescheidenen Anteil von 9 v. H. innehatte, hat sich 1934 wenigstens bis auf 10 v. H. erhöht. Es weist damit unter allen Einkommensquellen den stärksten Zuwachs auf, so daß ein großer Teil der Krisenverluste früherer Jahre wieder aufgeholt werden konnte. Mit 5,1 Milliarden Mark Einkommen ist fast wieder der Stand des Jahres 1929 (5,49 Milliarden) erreicht.

Demgegenüber hat sich das Einkommen aus Handel und Gewerbe (6,9 Milliarden) nur um 7,5 v. H. erhöht, da diesen Berufen keine nennenswerten Preiserhöhungen zugute kamen und auch der Rückgang des Außenhandels die Gewinnmöglichkeit beeinträchtigte.

Der größte Teil des Volkseinkommens — reichlich sieben Zwölftel — entfällt auf das Einkommen aus Lohn und Gehalt; er hat dank der weiter steigenden Beschäftigung und infolge der nun auch wachsenden Verdienstmöglichkeit des einzelnen Arbeitnehmers um fast 14 v. H. zugenommen. Das absolute Einkommen aus Lohn und Gehalt ist um etwa vier Milliarden gestiegen. Das Einkommen derjenigen Arbeiter und Angestellten, die bereits 1933 einen Arbeitsplatz hatten, hat sich durch die Verlängerung der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 6,9 auf 7,3 Stunden erhöht und dürfte ungefähr der Steigerung der Ernährungskosten entsprechen. Das Realeinkommen der Festbesoldeten hat sich durch diese Steigerung entsprechend etwas vermindert. In fast allen Fällen ist aber diesem rechnerischen Kaufkraftschwund die Entlastung des Familienbudgets von Zuschüssen an erwerbslose Verwandte gegenüberzustellen.

Das Einkommen aus Kapitalvermögen (2,3 Milliarden Mark) ist seit 1933 minimal gestiegen. Es beträgt jedoch heute nur noch zwei Drittel des Betrages der Jahre 1929 bis 1931.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 28. November auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinsfuß der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Złoty am 27. November. Danzig: Ueberweisung 99.80 bis 100,20, Berlin: Ueberweisung große Scheine 46.76—46.94, Prag: Ueberweisung 463,50, Wien: Ueberweisung —.—, Paris: Ueberweisung —.—, Zürich: Ueberweisung 58,25, Mailand: Ueberweisung —.—, London: Ueberweisung 26,25, Kopenhagen: Ueberweisung 86,00, Stockholm: Ueberweisung 74,50, Oslo: Ueberweisung —,—.

Warschauer Börse v. 27. November. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 89.90, 90.08 — 89,72, Belgrad —, Berlin 213,45, 213,98 — 212,92, Budapest —, Bukarest —, Danzig —,— —,— — —,—, Spanien —,—, —,— — —,—, Holland 359.45, 360.17 — 358.73, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —,—, —,— — —,—, London 26,23, 26,30 — 26,16, Newyork 5,32, 5,33¼ — 5,30¾, Oslo —,—, —,— — —,—, Paris 35,0½, 35,07½ — 34,93½, Prag 21.99, 22,03 — 21.95, Riga —, Sofia —, Stockholm 135.25, 135,58 — 134.92, Schweiz 171,85, 172,19 — 171,51, Helsingfors 11.58, 11,61 — 11,55, Wien —, Italien —,—, —,— — —,—.

Berlin, 27. November. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,486—2,490, London 12,265—12,295, Holland 168,03—168.37, Norwegen 61,59 bis 61,71, Schweden 63,24—63,36, Belgien 42,00—42,08, Italien 20,13 bis 20,17, Frankreich 16,36—16,40, Schweiz 80,28—80,44, Prag 10,265 bis 10,285, Wien 48,95—49,05, Danzig 46,80—46,90, Warschau 46,80—46,90.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,29 Zł., do. kleine —.— Zł., Kanada 5,20 Zł., 1 Pfd. Sterling 26,12 Zł., 100 Schweizer Franken 171,15 Zł., 100 franz. Franken 34,91 Zł., 100 deutsche Reichsmark nur in Gold 211,49 Zł., 100 Danziger Gulden 98,75 Zł., 100 tschech. Kronen —.— Zł., 100 österreich. Schillinge —.— Zł., holländischer Gulden 357,75 Zł., Belgisch Belgas 89,40 Zł., ital. Lire —.— Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 28. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 754 g/l. (128,1 f. h.), Braugerste 709 g/l. (120,4 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 451 g/l. (75,2 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	120 to	12.80—13.00	gelbe Lupinen	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
Stand.-Weizen	— to	—.—	Sammelgerste	— to	—.—
Einheitsgerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Roggenmehl	— to	—.—	Speisekart.	— to	—.—
Weizenmehl	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	12.75—13.00	Gerstenkleie	10.00—11.00
Standardweizen	17.50—17.75	Winterraps	41.00—44.00
a) Braugerste	15.00—15.50	Winterrübsen	39.00—41.00
b) Einheitsgerste	14.00—14.25	blauer Mohn	58.00—62.00
c) Sammelg. 114-115 P.	13.50—14.00	Senf	34.00—36.00
d) Wintergerste	—.—	Leinsamen	37.00—39.00
Hafer	15.50—16.25	Peluschken	23.00—25.00
Roggen-Auszugmehl 0-30%	20.75—21.25	Wicken	21.00—23.00
Roggenm. I 0-45%	20.25—20.75	Seradella	—.—
" I 0-55%	19.75—20.25	Felderbsen	21.00—23.00
Roggenm. II 45-55%	17.00—17.50	Viktoriaerbsen	26.00—30.00
Roggen-nachmehl 0-90%	14.75—15.25	Folgererbsen	20.00—23.00
Weizenm. I A 0-20%	31.25—33.25	Tymothee	—.—
" I B 0-45%	30.25—31.25	blaue Lupinen	10.25—10.75
" I C 0-55%	29.50—30.50	gelbe Lupinen	10.50—11.00
" I D 0-60%	28.50—29.50	engl. Raygras	—.—
I E 0-65%	27.50—28.50	Gelbklee, enthülst	—.—
" II A 20-55%	25.00—26.00	Weißklee	70.00—90.00
" II B 20-65%	24.50—25.50	Rotklee, unger.	85.00—95.00
" II C 45-55%	—.—	Rotklee, gereinigt	100.00—120.00
" II D 45-65%	22.75—23.75	Fabrikkartoffeln p. kg%	17 gr
" II E 55-60%	—.—	Speisekartoffeln n. Not.	3.50—4.00
" II F 55-65%	18.50—19.00	Speisekartoffeln Pom.	3.50—4.00
" II G 60-65%	—.—	Kartoffelflocken	16.00—16.50
Weizenschrot-nachmehl 0-90%	20.50—21.00	Leinkuchen	16.50—17.00
Roggenkleie	9.25—9.75	Rapskuchen	13.50—14.00
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Sonnenblumenkuch.	19.50—20.50
Weizenkleie, mittelg.	9.75—10.25	Kokoskuchen	14.50—15.50
Weizenkleie, grob	10.00—10.75	Roggenstroh, lose	—.—
		Roggenstroh, gepr.	2.50—3.00
		Netzeheu, lose	7.50—8.00
		Sojaschrot	21.00—22.00

Trockenschnitzel 7.50—8.00, Schwedenklee 160.00—180.00

Roggenmehl 60% z. Ausf. nach Danzig 19.75—20.25

" 65% z. Ausf. nach Danzig 19.25—19.75

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen, Gersten, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	556 to	Speisekartoffel	— to	Hafer	208 to
Weizen	402 to	Fabrikkartoff.	225 to	Peluschken	30 to
Braugerste	117 to	Saatkartoffel	— to	Raps	— to
a) Einheitsgerste	126 to	blauer Mohn	— to	Kuchen	— to
b) Winter- "	— to	Mohn	— to	Gemenge	— to
c) Sammel- "	284 to	Gerstenkleie	10 to	Blaue Lupin.	— to
Roggenmehl	43 to	Seradella	— to	Wicken	30 to
Weizenmehl	101 to	Trockenschnitze	— to	Sonnenblumenschrot	— to
Viktoriaerbsen	— to	Senf	5 to	Rübsen	— to
Feld-Erbsen	— to	Kartoffelflock.	— to	Roggenschrot	— to
Folger-Erbsen	— to	Hanfsamen	— to	Leinkuchen	17 to
Roggenkleie	150 to	Zwiebel	— to	Futterrübensam.	to
Weizenkleie	25 to	Buchweizen	15 to		

Gesamtangebot 2482 to

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 18. bis 24. November 1935 wie folgt (für 100 kg in Złoty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	20.00	13.25	16.62½	15,46
Bromberg	17,75	13.00	15,25	16,00
Posen	17,62½	12,37½	15,62½	15,64½
Lublin	17,83	12,52½	14,05	13,53
Rowno	15,63	10,87½	12,47	11,80
Wilna	18,25	13.76	—	14.28
Kattowitz	19,69	15,04	—	16,00
Krakau	18,71	14,00	—	14.87½
Lemberg	16,52½	12,90	16,50	14,02
Auslandsmärkte:				
Berlin	42,82	34,98	45,85	—
Hamburg	21,06	10,62	—	14.76
Paris	—	—	—	—
Prag	36,69	26,32	29,48	25,74
Brünn	35,57	27,85	28,60	25,52
Danzig	—	—	—	—
Wien	36,56	25.75	30.12½	26.12½
Liverpol	18,58	—	—	17,02
London	—	—	—	—
Newyork	—	—	—	—
Chicago	21,94	10,23	14,43	11,23
Buenos Aires	13,62	—	—	—

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 27. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Hafer	15 to	15.15
	15 to	15.25

Richtpreise:

Weizen	17.50—17.75	Viktoriaerbsen	25.00—30.00
Roggen, vorjährig	—.—	Folgererbsen	21.00—23.00
Roggen, ges., trocken	12.25—12.50	Klee, gelb, in Schalen	—.—
Braugerste	15.00—16.00	Tymothee	—.—
Einheitsgerste	13.75—14.25	Engl. Raygras	—.—
Wintergerste	13.25—13.50	Weizenstroh, lose	2.00—2.20
Hafer	15.00—15.75	Weizenstroh, gepr.	2.60—2.80
Roggenmehl (55%)	18.50—19.50	Roggenstroh, lose	2.25—2.50
Weizenmehl E (0-65%)	27.00—27.50	Roggenstroh, gepr.	2.75—3.00
Roggenkleie	9.25—9.75	Haferstroh, lose	2.75—3.00
Weizenkleie, mittelg.	9.25—10.00	Haferstroh, gepreßt	3.25—3.50
Weizenkleie (grob)	10.25—10.75	Gerstenstroh, lose	1.25—1.75
Gerstenkleie	9.75—11.00	Gerstenstroh, gepr.	2.15—2.35
Winterraps	43.00—44.00	Heu, lose	6.00—6.50
Rübsen	41.00—42.00	Heu, gepreßt	6.50—7.00
Leinsamen	36.00—38.00	Netzeheu lose	7.00—7.50
blauer Mohn	62.00—64.00	Netzeheu, gepreßt	7.50—8.00
gelbe Lupinen	11.00—11.50	Leinkuchen	16.50—16.75
blaue Lupinen	9.50—10.00	Rapskuchen	13.50—13.75
Seradella	—.—	Speisekartoffeln	3.75—4.50
Rotklee, roh	90.00—100.00	Fabrikkartoff. p. kg%	20 gr
Weißklee	75.00—95.00	Trockenschnitzel	—.—
Rotklee, roh, 95-97% gereinigt	120.00—130.00	Sonnenblumenkuchen 42—43%	19.50—20.00
Senf	34.00—36.00	Sojaschrot	21.00—22.00
Peluschken	—.—		

Gesamttendenz: ruhig. Umsätze 3071,7 to, davon 762 to Roggen 331 to Weizen, 492 to Gerste, 215 to Hafer.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide u. Kleie vom 27. Novbr. Preise in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I (Hard Atlantis) p. Nov.-Dez. 5.92½, Manitoba I Schiff —, p. Nov.-Dez. 5.82½, Rosafe 80 kg (Schiff) — p. Nov.-Dez. 4,75, Barusso 80 kg Schiff) —, p. Nov.-Dez. 4,65, Bahia 80 kg per Nov. —; Gerste: Plata 60-61 kg per Nov. —, russ. Gerste 64-65 kg per Nov. —, Plata 64-65 kg Schiff) —, p. Nov.-Dez. 3,05, 67-68 kg (Schiff) —, p. Nov.-Dez. 3,15; Roggen: Plata 72-73 kg per Nov.-Dez. 2,95; Mais: La Plata (Schiff) —, bis —, p. Nov. 2,67½, p. Dez. 2,70; Hafer: Plata Unclipped faq 46-47 kg p. Nov.-Dez. 4,05, Plata Clipped 51-52 kg p. Nov.-Dez. 4,20, russischer Hafer 54-55 kg —; Weizenkleie: Pollards per Nov. —, **Bran p. Nov. —; Leinsaat: La Plata p. Nov. 7,15, p. Dez. 7,15.**